

Beitrag aus der Forschung zur Wirtschaftspolitik

Mathias Dolls, Sarah Necker, Andreas Peichl, Boyan Petkov und Lisa Windsteiger*

Reformen des Bürgergeldes aus Sicht der Bevölkerung

<https://doi.org/10.1515/pwp-2024-0030>

Zusammenfassung: Über die Ausgestaltung der sozialen Grundsicherung, insbesondere des Bürgergeldes, wird in der Öffentlichkeit immer wieder kontrovers diskutiert. Im Mittelpunkt einer repräsentativen Umfrage des ifo Instituts mit dem Ziel, die Akzeptanz möglicher Reformalternativen zu testen, stand die Frage, wie die Bevölkerung verschiedene Aspekte einer Reform des Bürgergeldes bewertet. In diesem Beitrag fassen Mathias Dolls, Sarah Necker, Andreas Peichl, Boyan Petkov und Lisa Windsteiger das Vorgehen und die Ergebnisse zusammen und erörtern diese. Es zeigt sich, dass Reformvorschläge mit eher niedrigen Transferentzugsraten besser bewertet werden als solche mit einem Transferentzug von 100 Prozent. Insbesondere niedrige Transferentzugsraten für Eltern mit Kindern erhöhen die Zustimmungswahrscheinlichkeit. Reformen mit eher hohem Schonvermögen werden ebenfalls positiver bewertet als solche ohne Schonvermögen. Ist das Schonvermögen allerdings zu hoch, nimmt der positive Effekt ab. Leistungskürzungen im Fall von Pflichtverletzungen führen ebenfalls zu einer vergleichsweise positiven Bewertung einer Reformvariante. Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen einer Bürgergeldreform hat die Veränderung der Armutssquote den größten Einfluss auf die Akzeptanz in der Bevölkerung, die Entwicklung der Staatsausgaben hingegen den geringsten.

JEL-Klassifikation: H53, I38, D72, D78, P16

Mathias Dolls, ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München,
E-Mail: dolls@ifo.de

Sarah Necker, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg und
ifo Institut, Niederlassung Fürth, Gartenstraße 6, 90762 Fürth,
E-Mail: necker@ifo.de

Andreas Peichl, Ludwig-Maximilians-Universität München und ifo
Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, E-Mail: peichl@ifo.de

Boyan Petkov, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
und ifo Institut, Niederlassung Fürth, Gartenstraße 6, 90762 Fürth,
E-Mail: petkov@ifo.de

***Kontaktperson:** **Lisa Windsteiger**, Paris Lodron Universität Salzburg,
Fachbereich Volkswirtschaftslehre, Mönchsberg 2A, 5020 Salzburg und
ifo Institut, Niederlassung Fürth, Gartenstraße 6, 90762 Fürth,
E-Mail: lisa.windsteiger@plus.ac.at

Schlüsselwörter: Grundsicherung, Reformen, Akzeptanz,
Vignettenexperiment

1 Reformbedarf und öffentliche Debatte zum Bürgergeld

Über die Ausgestaltung des Bürgergeldes wird in der Öffentlichkeit immer wieder kontrovers diskutiert. In der oft hitzigen Debatte geht es unter anderem darum, ob sich Arbeit noch lohnt, wie (Total-)Verweigerer:innen sanktioniert werden sollen, ob die Anpassung der Leistungshöhe gerechtfertigt war, wie lange und wie viel Vermögen die neuen Bezieher:innen behalten dürfen und wie die hohe Komplexität der Antragstellung reduziert werden kann.

Ein zentrales Problem der aktuellen Grundsicherung sind die hohen effektiven Grenzbelastungen, die im bestehenden System bei allen Transferleistungen auftreten (Peichl et al. 2023, Kapitel 3). Von einem zusätzlich verdienten Euro an Bruttoeinkommen bleibt nur ein geringer Teil im verfügbaren Einkommen übrig. Im Bürgergeld beträgt die Grenzbelastung, jenseits der ersten 100 Euro, die anrechnungsfrei bleiben, zwischen 70 und 100 Prozent des Bruttoerwerbseinkommens. Auch beim parallelen Bezug von Wohngeld und Kinderzuschlag liegt die effektive Grenzbelastung sehr hoch. Es existieren nach wie vor Einkommensbereiche, in denen durch den Transferentzug bei diesen Leistungen sowie durch Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge Grenzbelastungen von bis zu (und in einigen Konstellationen über) 100 Prozent auftreten. Dort wirkt sich zusätzliches Bruttoerwerbseinkommen also kaum und mitunter sogar negativ auf das verfügbare Einkommen aus.

Die sogenannte Partizipationsbelastung ist ebenfalls erheblich: Wer arbeitet, hat zwar stets mehr Geld zur Verfügung als im Fall der Nichterwerbstätigkeit, vom Bruttoeinkommen kommt aber ein großer Teil nicht im verfügbaren Einkommen an (vgl. Blömer et al. 2024). Sehr hohe Grenzbelastungen drosseln den Anreiz zur Arbeitsausweitung erheblich, da das zusätzliche Einkommen durch den Transferentzug vollständig verrechnet wird. Obwohl diese Fehlanreize

vielfach wissenschaftlich untersucht worden sind (vgl. beispielsweise Nierhaus 1987, Sinn et al. 2002, Blömer, Fuest und Peichl 2022, Blömer et al. 2022, Walwei et al. 2019, Bruckmeier, Mühlhan und Wiemers 2018 sowie Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen 2023) und auch intuitiv klar ist, dass eine Grenzbelastung von 100 Prozent den finanziellen Anreiz zur Arbeitsaufnahme hemmt, hat sich an diesem Problem im deutschen Grundsicherungssystem in den vergangenen Jahrzehnten kaum etwas geändert.

Das ifo Institut sollte daher in einem Gutachten für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales Eckpunkte einer möglichen Reform des Bürgergeldes entwickeln (Peichl et al. 2023).¹ In dem Gutachten schlagen wir eine Reform des derzeitigen Systems vor, die darauf zielt, die Transferenzugsraten² zu senken, um die Erwerbsanreize insbesondere in den Bereichen zu verbessern, in denen eine Ausweitung der Erwerbstätigkeit bisher finanziell wenig attraktiv ist.

Das Gutachten sollte insbesondere die Frage beantworten, welche Reform ökonomisch sinnvoll ist. Die „Wachstumsinitiative“ der Bundesregierung³ vom 5. Juli 2024 enthielt einen Reformvorschlag für das Bürgergeld, der unter anderem Änderungen an den Transferenzugsraten, den Sanktionen im Fall von Pflichtverletzungen und dem Schonvermögen vorsah. Wir fragten uns, wie die Bevölkerung zu diesen Reformen steht. Und wie steht sie zu den anderen viel diskutierten Punkten des Bürgergeldes?

In der ökonomischen Literatur gibt es einen großen Literaturstrang zum Effekt der Ausgestaltung von Sozialleistungen auf das Arbeitsangebot (vgl. zum Beispiel Moffitt 2002, Immervoll und Pearson 2009 sowie Kleven 2024). Darin zeigt sich beispielsweise, dass hohe Transferenzugsraten das Arbeitsangebot hemmen (vgl. zum Beispiel Moffitt und Zahn 2022 sowie Kleven 2024) und dass Sanktionen positiv wirken können (vgl. zum Beispiel Berg, Uhendorff und Wolff 2022 sowie Wolf 2024). Unseres Wissens ist jedoch bisher wenig, das über Meinungsabfragen zu aktuellen politischen Diskussionen hinausgeht, über die Akzeptanz verschiedener Ausgestaltungen des deutschen Grundsicherungssystems bekannt (vgl. zum Beispiel Wittmaack 2023).

Für die erfolgreiche Umsetzung einer Reform in die Praxis bedarf es nicht nur einer soliden theoretischen und

empirischen Fundierung, sondern auch eines guten Verständnisses der Akzeptanz in der Bevölkerung, mit Blick sowohl auf die konkreten Reformelemente als auch auf deren soziale Auswirkungen. Eine Vielzahl von Studien ist der öffentlichen Unterstützung gewidmet, ebenso wie der Frage, ob die Empfangenden, je nach ihren Charakteristika, verschiedene Sozialleistungen verdienen (Anspruchswürdigkeit, „deservingness“, vgl. zum Beispiel Oorschot et al. 2017, Buss 2019, Senghaas et al. 2022 und Abraham, Rottmann und Stephan 2023). Eine Untersuchung der generellen Akzeptanz verschiedener zentraler Anreizelemente der Grundsicherung (beispielsweise der Transferenzugsrate, der Sanktionen und des Schonvermögens), möglicher Konsequenzen (beispielsweise hinsichtlich Beschäftigung und Leistungsempfang) und deren relativer Wichtigkeit gibt es nach unserer Kenntnis hingegen bisher noch nicht. Eine solche politökonomische Analyse ist allerdings sinnvoll, um den politischen Entscheidungsträger:innen einen Überblick über die zu erwartende Reformakzeptanz in der Bevölkerung zu geben und sie bei der Auswahl einer geeigneten Kommunikation gegenüber verschiedenen Gruppen zu unterstützen.

Mit dieser Motivation haben wir eine repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt, um die Unterstützung für verschiedene Reformvorschläge zum Bürgergeld und für verschiedene Reformwirkungen zu analysieren. In diesem Beitrag fassen wir das Vorgehen und die Ergebnisse dieser Befragung zusammen und erörtern deren Implikationen. Zunächst folgt in Abschnitt 2 eine genaue Beschreibung des Umfragedesigns. In Abschnitt 3 erläutern wir die empirische Strategie, bevor wir in Abschnitt 4 die durchschnittliche Akzeptanz verschiedener Reformelemente und Reformwirkungen auswerten. Anschließend analysieren wir in Abschnitt 5 die Heterogenität der Reformakzeptanz hinsichtlich verschiedener soziodemografischer Merkmale, der politischen Orientierung und der Gerechtigkeitsvorstellungen der Befragten. Abschnitt 6 zeigt die Robustheit unserer Ergebnisse bezüglich der Definition der Ergebnisvariablen und der Wahl des statistischen Modells. Abschließend fassen wir in Abschnitt 7 die Kernergebnisse der Studie zusammen und erörtern deren Implikationen.

2 Umfragedesign

2.1 Akzeptanz von Reformszenarien

Das Ziel der Befragung war, die Zustimmung zu verschiedenen Reformelementen mittels einer sogenannten Vignettenstudie zu untersuchen. Eine Vignettenstudie ist ein empirisches Erhebungsdesign, bei dem den Befragten kurze,

¹ Die Bevölkerungsumfrage, deren Ergebnisse wir in diesem Artikel präsentieren, fand im Rahmen des Gutachtens von Peichl et al. (2023) statt. Für unseren Beitrag hier haben wir einige Ergebnisse aktualisiert und weitere Analysen durchgeführt, um auf die aktuelle Diskussion einzugehen.

² Diese gibt an, wie viel von einem zusätzlich verdienten Euro den Bürgergeldempfänger:innen verbleibt.

³ Jegliche Verweise auf die Bundesregierung in dieser Studie beziehen sich auf die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP, die von Dezember 2021 bis November 2024 im Amt war.

systematisch variierte Beschreibungen hypothetischer Szenarien – sogenannte Vignetten – vorgelegt werden, um im Anschluss die Bewertungen oder Entscheidungen in Abhängigkeit von den inhaltlichen Merkmalen dieser Szenarien zu analysieren. Zwar hebt eine Reihe von Studien potentielle Probleme der Messung subjektiver Einstellungen mittels Umfragen hervor (vgl. zum Beispiel Bertrand und Mullainathan 2001). Doch Vignettenstudien sind eine etablierte Methode der sozialwissenschaftlichen Forschung (vgl. zum Beispiel Bechtel und Scheve 2013 und Maestas et al. 2023), und sie haben gegenüber herkömmlichen Befragungsexperimenten mehrere Vorteile. Zum einen lassen sich mehrere Attribute einer Entscheidungssituation variieren und die relative Wichtigkeit der Attribute erfassen. Es konnte gezeigt werden, dass diese hypothetischen Entscheidungen mit in realen Situationen getroffenen Entscheidungen übereinstimmen (Hainmüller et al. 2015). Zum anderen reduzieren Vignettenexperimente mögliche Verzerrungen durch (sozial) erwünschte Antworten („Social desirability bias“ und „Experimenter demand effect“, vgl. Horiuchi, Markovich und Yamamoto 2022). Für die Teilnehmenden ist aufgrund der Vielzahl der (zufällig variiierenden) Vignettenattribute meist nicht klar ersichtlich, auf welche davon sich das Augenmerk der Versuchsleitenden konzentriert und welche Reaktionen folglich „erwartet“ oder „erwünscht“ wären.⁴

In unserer Studie haben wir die Teilnehmenden zufällig in zwei Gruppen eingeteilt. In der „Input“-Gruppe wurden die Teilnehmenden mit verschiedenen Varianten einer Bürgergeldreform konfrontiert, das heißt mit den institutionellen Rahmenbedingungen einer Reform beziehungsweise dem „Input“ einer Reform. In der „Output“-Gruppe erhielten die Teilnehmenden Vignetten, die mögliche Auswirkungen einer Bürgergeldreform unter anderem auf den Arbeitsmarkt und die Staatsausgaben, also auf das Ergebnis beziehungsweise den „Output“ einer Reform darstellten.

Die Aufteilung in eine Input- und eine Output-Gruppe erfolgte vor allem, um die kognitive Belastung der Befragten möglichst gering zu halten. Variierte man alle institutionellen Merkmale (zum Beispiel Transferenzugsrate und Sanktionsregelungen) und alle gesamtgesellschaftlichen

Effekte (zum Beispiel Armutsquote und Staatsausgaben) innerhalb einer Vignette, so nähme die Komplexität der Szenarien stark zu, was die Teilnehmenden möglicherweise überfordern würde. Dies könnte zu Verzerrungen führen, weil Befragte dann unüberlegt antworteten, statt sorgfältig abzuwägen. Zwar kann die Akzeptanz bestimmter Reformen (Input) von den erwarteten Folgen (Output) beeinflusst sein, doch der Fokus dieser Studie liegt auf den Trade-offs innerhalb der beiden Attributgruppen, also darauf, wie einzelne institutionelle Merkmale und mögliche Konsequenzen jeweils relativ zueinander bewertet werden.

In beiden Gruppen bekamen die Teilnehmenden in fünf Entscheidungssituationen jeweils zwei Reformszenarien präsentiert, die sich in fünf Attributen unterscheiden. Sie wurden gebeten, die jeweils dargestellten Alternativen auf einer 11-stufigen Likert-Skala von -5 (eindeutig dagegen) bis +5 (eindeutig dafür) zu bewerten. Hainmüller, Hangartner und Yamamoto (2015) zeigen, dass ein Design, bei dem den Probanden zwei Alternativen präsentiert werden und sie diese ohne Entscheidungzwang bewerten (Paired-Conjoint-Design ohne Entscheidungzwang), die höchste Aussagekraft für reales Verhalten hat. Der genaue Wortlaut der Bewertungsskala war wie folgt:

Sind Sie für oder gegen die Einführung der jeweiligen Alternativen? Bitte geben Sie Ihre Antwort auf der folgenden Skala an, die von „definitiv dagegen“ (-5) bis „definitiv dafür“ (+5) reicht.

	<i>definitiv dagegen</i>	<i>definitiv dafür</i>
Alternative 1	-5 oooooooooooo	+5
Alternative 2	-5 oooooooooooo	+5

Wie im Folgenden für beide Gruppen beschrieben, kann jedes Attribut unterschiedliche Ausprägungen annehmen. Die fünf Attribute eines Reformszenarios wurden den Teilnehmenden in tabellarischer Form dargestellt. Jedes Szenario bestand aus zufällig gezogenen Attributwerten. Es wurde sichergestellt, dass eine Person ein Szenario nicht mehrfach sah. Um Reihenfolgeeffekte auszuschließen, wurde die Reihenfolge variiert, in der die Attribute den Teilnehmenden präsentiert wurden (wobei die Reihenfolge auf Ebene der einzelnen teilnehmenden Person in den fünf Entscheidungssituationen konstant blieb).

Wichtig ist, dass den Teilnehmenden kein explizites Referenzszenario für die Bewertung der Vignetten angegeben wurde. Allerdings ergibt sich der Status quo als Referenzszenario in der Output-Gruppe automatisch, da die Attributausprägungen (die Folgen der Reform) relativ zum Status quo zum Zeitpunkt der Umfrage formuliert sind (Attributausprägung „bleibt/bleiben gleich“). In der Input-Gruppe

⁴ Im Hinblick auf das spezifische Thema dieser Vignettenstudie, in der es um die Grundsicherung und damit die Existenzsicherung geht, könnten Teilnehmende besonders „prosozial“ erscheinen wollen und daher – unabhängig von ihrer tatsächlichen Einstellung und ideologischen Ausrichtung – die Attribute überproportional gewichtet, die besonders für die Existenzsicherung relevant sind. Wenngleich wir solche Motive nicht ausschließen können, deuten unsere Heterogenitätsanalysen, die wir in Abschnitt 5 präsentieren, darauf hin, dass ideologische Einstellungen eine maßgebliche Rolle bei der Bewertung der Vignetten spielen.

(Reformelemente) hingegen werden keine Angaben zu einem bestimmten Vergleichsszenario gemacht. Stattdessen sollten die Teilnehmenden die angezeigten hypothetischen Reformalternativen mit deren institutionellen Merkmalen je für sich genommen bewerten, statt sie nur mit einer bestimmten Ausgangssituation zu vergleichen (für eine detailliertere Illustration des Vignettendesigns vgl. den Fragebogen in Anhang A1).⁵

2.1.1 Input-Version der Vignettenstudie

In der Input-Version der Vignettenstudie wählen wir fünf Eigenschaften des Bürgergeldes, die in der Reformdiskussion zentral sind. Die Reformszenarien unterscheiden sich in den folgenden in Tabelle 1 aufgelisteten fünf Attributen:

Tabelle 1: Attribute der Input-Version

Attribut	Ausprägung
verbleibender Zuverdienst bei der Aufnahme/Ausweitung von Arbeit	„0 Euro (der gesamte Zuverdienst wird mit dem Bürgergeld verrechnet“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 10 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 20 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 30 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 40 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet“
Berücksichtigung von Kindern bei verbleibendem Zuverdienst	ja/nein
Schonvermögen	0 Euro, 7.500 Euro, 15.000 Euro, 30.000 Euro, 60.000 Euro
Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen	keine Kürzung, 10 % des Bürgergeldes, 20 % des Bürgergeldes, 30 % des Bürgergeldes
Zusammenlegung von Sozialleistungen	ja/nein

Quelle: eigene Zusammenstellung

Bevor den Teilnehmenden die Vignettenpaare angezeigt wurden, erhielten sie eine kurze Erklärung der einzelnen Attribute (für eine detaillierte Beschreibung vgl. den Fragebogen in Anhang A1).

Das Attribut „verbleibender Zuverdienst bei Aufnahme von Arbeit“ berücksichtigt wie oben dargestellt fünf Transferenzgraten – 60, 70, 80, 90 und 100 Prozent. Eine Transferenzgrate von 100 Prozent existiert auch im derzeitigen deutschen System und stellt die natürliche Obergrenze dar. Als Untergrenze wurde ein Wert von 60 Prozent gewählt, da niedrigere Transferenzgraten aufgrund der Interaktion mit dem Steuer- und Abgabensystem nicht in die Praxis umsetzbar sind (Blömer, Fuest und Peichl 2019, 2022, Blömer et al. 2022 sowie Bruckmeier, Mühlhan und Peichl 2018).

Im Status quo gibt es keine einheitliche, sondern eine lediglich abschnittsweise konstante Transferenzgrate. Eine gute Approximation dafür ist eine Transferenzgrate von 80 Prozent, welche die meisten Einkommensbereiche abdeckt. Gemäß der Wachstumsinitiative der Bundesregierung vom 5. Juli 2024 könnte sich die Transferenzgrate beispielsweise auf 70 Prozent reduzieren. Des Weiteren würden im Status quo Leistungsbeziehende mit Kindern leicht bessergestellt (1.200 vs. 1.500 Euro Zuverdienstgrenze), wobei hier manchmal eine Ausweitung dieser Besserstellung gefordert wird (zum Beispiel Blömer, Fuest und Peichl 2019).

Beim Schonvermögen sind zwei Perspektiven zu berücksichtigen: Aus Sicht des Subsidiaritätsprinzips ist es richtig, dass Leistungsbeziehende zunächst eigene Mittel einsetzen sollten, bevor sie staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Eine vollständige Anrechnung von Vermögen untergräbt jedoch die Anreize zur Vorsorge (Blömer, Fuest und Peichl 2019). Die von uns gewählten Werte orientieren sich am tatsächlichen und am erörterten Schonvermögen. Das tatsächliche Schonvermögen beträgt derzeit während einer Karentzeit von einem Jahr 40.000 Euro für die erste leistungsberechtigte Person in einer Bedarfsgemeinschaft und 15.000 Euro für jede weitere Person. Nach Ablauf des ersten Jahres reduziert sich das Schonvermögen auf 15.000 Euro für jede Person in einer Bedarfsgemeinschaft. Im Zuge der Wachstumsinitiative sollte sich die Karentzeit auf ein halbes Jahr verkürzen.

Sanktionen im Fall von Pflichtverletzungen (wie die Ablehnung einer zumutbaren Arbeit oder Ausbildung oder die Nichtteilnahme an einer zumutbaren Maßnahme zur Eingliederung in Arbeit) sind ein viel diskutiertes Element des Transfersystems (zum Beispiel Abraham, Rottmann und Stephan 2023 und Boone, Sadrieh und van Ours 2009). Derzeit können die Leistungen bei der ersten Pflichtverletzung um 10 Prozent des Regelsatzes gekürzt

⁵ Den Befragten wurde zum Attribut „Zusammenlegung von Sozialleistungen“ erläutert, dass über die Zusammenlegung des Bürgergeldes mit anderen Sozialleistungen (wie Wohngeld und Kinderzuschlag) aus Gründen der Vereinfachung und des Bürokratieabbaus diskutiert wird (vgl. Fragebogen in Anhang A1). Insofern liegt bei diesem Attribut implizit ein Vergleich zum Status quo nahe.

werden. Im Fall weiterer Pflichtverletzungen kann eine Sanktion von bis zu 30 Prozent des Regelsatzes verhängt werden. Gemäß dem Reformvorschlag der Bundesregierung sollen Pflichtverletzungen stärker sanktioniert werden; vorgesehen ist eine einheitliche Minderungshöhe von 30 Prozent für drei Monate. In unserer Studie variieren wir die Kürzungen von 0 Prozent bis 30 Prozent. Gegen stärkere Sanktionen hat das Bundesverfassungsgericht hohe Hürden errichtet (Bundesverfassungsgericht 2019).

Ein weiteres Attribut unserer Reformszenarien ist die Zusammenlegung von Sozialleistungen mit dem Ziel, die Komplexität der Sozialleistungen zu reduzieren. Schließlich gibt es Überlegungen, das Bürgergeld mit anderen Sozialleistungen zusammenzulegen, zum Beispiel mit dem Wohngeld oder dem Kinderzuschlag (Blömer, Hansen und Peichl 2024), ähnlich wie auch mit Blick auf die Kindergrundsicherung. Dies ist im Status quo nicht der Fall und ist aktuell auch nicht geplant.

Wie erwähnt dienen weder der Status quo noch die Reformvorschläge aus der Wachstumsinitiative als Referenzszenarien für die Bewertung der Input-Vignetten (wobei beim Attribut „Zusammenlegung von Sozialleistungen“ ein impliziter Vergleich zum Status quo naheliegt). Dies hat zwei maßgebliche Vorteile. Zum einen vermeiden wir dadurch potenzielle Ankereffekte. Gäbe man beispielsweise den Status quo explizit als Vergleichsszenario für die Bewertung vor, könnten Teilnehmende dazu neigen, ihre Einschätzungen stark an diesem Referenzpunkt auszurichten. Zum anderen misst man so die individuellen Präferenzen unabhängig vom Wissen und vom Verständnis hinsichtlich des derzeitigen Grundsicherungssystems. Andernfalls könnte die (Un-)Kenntnis über den Status quo und ihre Korrelation mit individuellen Charakteristiken die Ergebnisse beeinflussen. Um dem entgegenzuwirken, wäre es auch möglich gewesen, die Teilnehmenden vorab umfassend über den Status quo zu informieren. Zusätzlich zu den potenziellen Ankereffekten hätte dies jedoch die Komplexität des Experiments maßgeblich erhöht (und dadurch womöglich die Ergebnisse verzerrt, weil es zu höheren Drop-out-Raten unter Befragten mit weniger Vorwissen gekommen wäre, die von der großen Menge an Informationen überfordert gewesen wären).

2.1.2 Output-Version der Vignettenstudie

Wie in Tabelle 2 dargestellt, betrachten wir in der Output-Version der Vignettenstudie fünf Attribute, die Reformen des Bürgergeldes beeinflussen können:

Tabelle 2: Attribute der Output-Version

Attribut	Ausprägungen
Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten	steigt/bleibt etwa gleich/fällt
Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt	steigt/bleibt etwa gleich/fällt
Zahl der Bürgergeldempfänger:innen	steigt/bleibt etwa gleich/fällt
armutsgefährdete Bevölkerung	steigt/bleibt etwa gleich/fällt
Staatsausgaben für das Bürgergeld pro Jahr	steigen/bleiben etwa gleich/fallen

Quelle: eigene Zusammenstellung

Auch in der Output-Version wurden den Teilnehmenden zunächst genauere Erklärungen der einzelnen Vignettenattribute angezeigt (für eine detaillierte Beschreibung vgl. den Fragebogen in Anhang A1).

All diese Attribute sind in der politischen Debatte von Bedeutung (vgl. zum Beispiel Blömer, Fuest und Peichl 2019). Auch wenn nicht alle Attribute explizite Ziele von Reformbemühungen sind, stellen sie zumindest einen wichtigen potenziellen Nebeneffekt von Reformen dar. Da nicht alle Ziele in gleichem Maße erreicht werden können, zielt die Befragung darauf, die relative Bedeutung der Attribute für die Bevölkerung zu beleuchten. Neben der Erhöhung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Senkung der Zahl der Bürgergeldempfänger:innen⁶ spielt die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt eine Rolle. Insbesondere in Zeiten eines zunehmenden Arbeitskräftemangels kann eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen das Wirtschaftswachstum beschleunigen, so dass Regierungen ein Interesse daran haben, Maßnahmen zur Förderung der

⁶ Als Kritikpunkt an einer Reform des Bürgergeldes und insbesondere an einer Senkung der Transferentzugsraten wird immer wieder die Ausweitung der Zahl der Transferempfänger:innen angeführt. Es ist richtig, dass im bestehenden System ein Anstieg der Zahl der Transferempfänger:innen ein Problem steigender Armut bedeuten kann, wenn mehr Personen in die Bedürftigkeit „abrutschen“. Gleichzeitig könnte es aber auch einen Erfolg des Sozialstaats signalisieren, sofern der Anstieg der Transferempfänger:innen durch eine Reduktion der Nichtinanspruchnahmequote erfolgt und dadurch „verdeckte Armut“ zurückgeht. Bei einer Reform des Systems kann ebenfalls der Empfänger:innenkreis steigen (oder sinken), zum Beispiel führen sowohl eine Erhöhung der Transferleistung als auch eine Reduktion der Transferentzugsraten zu einer Ausweitung des Einkommensbereichs, in dem man Bürgergeld erhalten kann. Dies wäre ein gewünschter Effekt einer solchen Reform und für sich genommen nicht problematisch. Die Zahl der Transferempfänger:innen ist deshalb bei einer Reform des Systems keine ökonomisch sinnvolle Zielgröße. Es ist jedoch auch klar, dass man damit im politischen Prozess für negative Schlagzeilen sorgen kann und dass für die Politik deshalb eine kluge Kommunikation notwendig ist.

Erwerbsbeteiligung von Frauen zu ergreifen (Jensen 2012, Thevenon 2013 und Winkler 2022).

Weitere Attribute sind die Verringerung des Armutsrisikos (Bruckmeier und Becker 2018 sowie Bruckmeier, Mühlhan und Peichl 2018) und die Auswirkungen der Reform auf die Staatsausgaben. Da konkrete Werte für die Ausprägungen schwer zu quantifizieren sind und eine zu hohe Komplexität mit sich bringen, betrachten wir jeweils nur drei mögliche Reformwirkungen: Anstieg, keine Veränderung, Rückgang des jeweiligen Attributs im Vergleich zum Status quo zur Zeit der Umfrage.

2.2 Soziodemografische Merkmale und Einstellungen

Um Unterschiede in der Reformzustimmung zwischen Bevölkerungsgruppen zu untersuchen, erheben wir die Region, in der die Befragten leben, deren Alter, Geschlecht, Bildung, Familienstand, Haushaltseinkommen, Haushaltsgroße, die Zahl der im Haushalt lebenden Kinder, den Bezug einkommensabhängiger staatlicher Unterstützung, das Geburtsland und wie häufig sie Nachrichten konsumieren. Darüber hinaus fragen wir die Teilnehmenden nach persönlichen Einstellungen wie ihrer politischen Orientierung, ihrem Vertrauen zu Politiker:innen und zur Regierung, ihrem Vertrauen zu wissenschaftlichen Expert:innen, nach ihrer Unterstützung für (staatliche) Umverteilung sowie für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft, nach ihrer Einstellung zu den vier Gerechtigkeitsprinzipien (Gleichheit, Bedürftigkeit, Leistung, Anspruch) und nach ihrer Einschätzung zu den Ursachen von Reichtum (Reichtum der Eltern und glücklicher Zufall oder eigene Leistung). Abschließend fragen wir die Teilnehmenden noch, ob sie die Umfrage als politisch neutral oder einer politischen Richtung zugeneigt empfinden.

2.3 Stichprobe

Die Umfrage wurde im Zeitraum vom 1. bis 23. August 2023 online durchgeführt. Insgesamt haben 5.500 Personen im Alter ab 18 Jahren teilgenommen. Die Stichprobe wurde hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht und Bundesland repräsentativ für die erwachsene Bevölkerung in Deutschland quotiert (wobei wir auf eine komplizierte Kreuzquotierung verzichtet haben). Die deskriptiven Statistiken der Stichprobe im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind in Tabelle A1 (siehe Anhang A2) dargestellt. Da die Bevölkerungswerte nicht ausschließlich auf Personen ab 18 Jahren bezogen sind, kann dies kleine Unterschiede

in den Merkmalen erklären. Diese Abweichungen dürften jedoch die Aussagekraft der Ergebnisse nicht wesentlich beeinträchtigen. Eine genauere Analyse der Heterogenität nach demografischen Merkmalen erfolgt in Abschnitt 5.1.

Eine mögliche Einschränkung der Verallgemeinerbarkeit unserer Ergebnisse ergibt sich aus der potenziellen Selektivität der Stichprobe. Das Befragungsunternehmen Dynata hat die Befragung programmiert, an seinen bestehenden Proband:innenpool gesendet und repräsentativ nach Alter, Geschlecht und Bundesland quotiert. Die Teilnahme an der Studie wurde gemäß den Richtlinien der Umfragefirma vergütet.⁷ Bei dem Proband:innenpool handelt es sich um ein Onlinepanel – und daraus könnten sich Unterschiede zwischen unserer Stichprobe und der Grundgesamtheit bezüglich einiger unbeobachteter Charakteristiken ergeben. Dabei handelt es sich um ein generelles Problem von Onlineumfragen. Es ist beispielsweise denkbar, dass die Teilnehmenden im Durchschnitt eine höhere Medienaffinität aufweisen, was wiederum mit anderen Charakteristiken (beispielsweise Nachrichtenkonsum oder Teilnahme an politischen Diskussionen im Internet) korrelieren könnte, die potenziell die Präferenzen für die Ausgestaltung des Grundsicherungssystems beeinflussen. Zwar wird eine Reihe persönlicher Charakteristiken erfragt und es können über Heterogenitätsanalysen Zusammenhänge dieser Charakteristiken mit der Befürwortung bestimmter Grundsicherungsreformen gezeigt werden, doch es lässt sich nicht ausschließen, dass unbeobachtete Unterschiede die Ergebnisse beeinflussen.

Selektionseffekte können allerdings auch durch die konkrete Art der Rekrutierung entstehen. Wird zum Beispiel das Thema der Umfrage in der Einladung zur Teilnahme erwähnt, so liegt es nahe, dass eher Personen teilnehmen, die an dem Thema überdurchschnittlich interessiert sind. Eine solche Stichprobe könnte sich im Durchschnitt in den Präferenzen für die Ausgestaltung des Grundsicherungssystems von der Grundgesamtheit unterscheiden. Dynata verschielt jedoch keine themenspezifischen Einladungen für einzelne Studien, sondern weist die Teilnehmenden des bestehenden Onlinepanels zufällig (den Projektanforderungen entsprechend beispielsweise mit Geschlechter- und Altersquoten versehen) über einen sogenannten Router einer Umfrage zu. Die Einladungen sind generisch formuliert und erwähnen die erwartete Bearbeitungsdauer

⁷ Die Vergütung der Teilnehmenden ist je nach Zielgruppe, Partner Panel und Motivation unterschiedlich, richtet sich aber nach der Dauer der Umfrage, der Zielgruppe und dem erforderlichen Aufwand und wird projektübergreifend und im Laufe der Zeit konstant gehalten, um Verzerrungen und Veränderungen der Teilnahmeknoten zu vermeiden.

und die Vergütung. Über das Thema der Umfrage wird nur sehr allgemein informiert (in unserem Fall wussten die Teilnehmenden, dass die Umfrage „soziale Themen“ betrifft). Eine Selektivität der Stichprobe hinsichtlich eines spezifischen Interesses am Bürgergeldsystem erscheint demnach unwahrscheinlich.

Zu Beginn der Umfrage mussten die Teilnehmenden einen Aufmerksamkeitstest bestehen, um die Umfrage fortsetzen zu können (vgl. Frage 6 in Anhang A1).⁸ Wer den Aufmerksamkeitstest nicht bestand, wurden direkt ausselektiert. Der im Folgenden analysierte Datensatz beinhaltet lediglich Personen, die den Aufmerksamkeitstest bestanden und alle relevanten Fragen beantwortet haben.⁹

Im Durchschnitt benötigten die Befragten, die der Input-Version des Experiments zugeteilt wurden, etwa 13,6 Minuten, um die Umfrage vollständig zu bearbeiten, während die Befragten der Output-Version im Durchschnitt etwa 11 Minuten benötigten. Dieser Unterschied scheint plausibel, da die Auseinandersetzung mit konkreten Reformelementen im Allgemeinen vermutlich mehr Bedenkzeit erfordert als die Auseinandersetzung mit groben Reformauswirkungen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit der schnellsten 25 Prozent beider Gruppen ist allerdings nahezu identisch und liegt bei etwa 4,8 Minuten in der Input-Gruppe und 4,7 Minuten in der Output-Gruppe. Damit benötigten die schnellsten 25 Prozent der Stichprobe deutlich weniger als die Hälfte der durchschnittlichen Bearbeitungszeit. Um sicherzugehen, dass mögliche Unaufmerksamkeiten dieser Gruppe unsere Ergebnisse nicht maßgeblich beeinflussen, prüfen wir zusätzlich die Robustheit unserer Hauptergebnisse unter Ausschluss der schnellsten 25 Prozent der Stichprobe (siehe Anhang A3, Tabellen A2 und A5).

⁸ Aufmerksamkeitstests sind bei Onlinebefragungen ein erprobtes Mittel, um die Stichprobe um unaufmerksame Teilnehmende zu bereinigen (vgl. zum Beispiel Haaland, Roth und Wohlfahrt 2023).

⁹ Der Test war bewusst zu Beginn der Befragung platziert, um unaufmerksame Teilnehmer:innen früh zu eliminieren und die Aufmerksamkeit der übrigen Teilnehmenden zu erhöhen. Da nur die Daten jener Teilnehmer:innen verfügbar sind, die den Aufmerksamkeitstest bestanden haben, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die Unaufmerksamen in gewissen Merkmalen signifikant vom Rest unterscheiden. Die Repräsentativität des Samples hinsichtlich der Merkmale Geschlecht, Alter und Region ist jedoch unter Ausschluss der unaufmerksamen Teilnehmenden gewährleistet, da diese nicht in die entsprechenden Quoten miteinberechnet wurden. Zudem sollte der Anteil der ausselektierten Probanden niedrig gewesen sein, da das Befragungsunternehmen dies ansonsten laut Vereinbarung hätte melden müssen.

3 Empirische Strategie

Wie in Abschnitt 2.1 beschrieben, wurden die Befragten gebeten, verschiedene Reformalternativen zu bewerten. Da unser Forschungsdesign die Attribute der untersuchten Reformvorschläge vollständig randomisiert, können wir schätzen, wie sich die Variation eines bestimmten Attributs eines Reformvorschlags auf die Bewertung des Vorschlags durch die Befragten auswirkt (Hainmüller, Hangartner und Yamamoto 2015 sowie Bechtel und Scheve 2013). Konkret führen wir die folgende OLS-Regression (Ordinary Least Squares, Kleinstes-Quadrat-Methode) sowohl für die Input- als auch für die Output-Gruppe durch:

$$Y_{ij} = \alpha + \beta D_{ij} + \gamma_i + \varepsilon_{ij}; \quad (1)$$

Y_{ij} ist unsere Ergebnisvariable. Für die Hauptregressionen spezifizieren wir sie als Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette $j = 1, 2, \dots, 10$ von Individuum i strikt positiv (das heißt, auf der Bewertungsskala von -5 bis +5 mindestens mit 1) bewertet wurde. D_{ij} ist eine Dummy-Matrix, die alle Ausprägungen jeden Attributs enthält (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird), und γ_i sind individuelle fixe Effekte. Die Einträge des Vektors β liefern Schätzungen des durchschnittlichen marginalen Komponenteneffekts (Average marginal component effect) für jede Kategorie jedes Attributs im Vergleich zur ausgelassenen Kategorie des jeweiligen Attributs (Hainmüller, Hangartner und Yamamoto 2015). Um die mögliche Nicht-Unabhängigkeit der Bewertungen desselben Individuums in den fünf Entscheidungssituationen zu berücksichtigen, haben wir die Standardfehler nach Befragten geclustert.¹⁰

Zusätzlich zu dieser Hauptregression untersuchen wir in Abschnitt 5 die Heterogenität der durchschnittlichen marginalen Komponenteneffekte auf Basis der in der Befragung erhobenen Hintergrundinformationen. Konkret analysieren wir Heterogenitäten nach Geschlecht, Alter, Familienstand, (Haushalts-)Einkommen, Bildung, Zustimmung zu verschiedenen Gerechtigkeitsprinzipien und politischer Orientierung.

Einer der Hauptvorteile faktorieller Erhebungsdesigns besteht darin, dass sie Informationen über die relative Bedeutung der Attribute liefern, da die Befragten die verschiedenen Attribute in ihrer Bewertung abwägen müssen. Deshalb analysieren wir partielle Korrelationen. Diese messen den Anteil der Varianz in der Bewertung der

¹⁰ Abschnitt 6 demonstriert die Robustheit unserer Ergebnisse hinsichtlich der Definition der Ergebnisvariablen sowie der Wahl des statistischen Modells.

Reformszenarien, der durch die verschiedenen Attribute erklärt wird. Somit kann man Rückschlüsse hinsichtlich der relativen Bedeutung der Attribute ziehen (Wallander 2009).¹¹

Im Zuge der Analyse in Abschnitt 4 wird ebenfalls von Interesse sein, welche Ausprägungen der Reformelemente im Durchschnitt auf die höchste Zustimmung treffen. Ebenso werden wir zeigen, um wie viel sich die durchschnittliche Zustimmungswahrscheinlichkeit erhöht, wenn wir das beliebteste Reformszenario mit dem derzeitigen Status quo und dem Reformvorschlag der Bundesregierung vergleichen.

4 Akzeptanz verschiedener Bürgergeldreformen

4.1 Reformakzeptanz in der Bevölkerung, Input-Version

Tabelle 3a zeigt die Ergebnisse der Regression (1) für die Input-Version unseres Vignettenexperiments. Die jeweiligen Ausprägungen der Attribute, die als Referenzkategorie für die Effektgrößen verwendet werden, sind eine Transferentzugsrate von 100 Prozent, eine Berücksichtigung von Kindern beim Zuverdienst, ein Schonvermögen von 0 Euro, Leistungskürzungen von 0 Prozent und eine Zusammenlegung von Sozialleistungen.

Im Vergleich zu einer Transferentzugsrate von 100 Prozent werden Reformvorschläge mit niedrigeren Transferentzugsraten im Durchschnitt besser bewertet. Beispielsweise ist bei einer Transferentzugsrate von 60 Prozent die Wahrscheinlichkeit, dass eine Reformalternative positiv bewertet wird, um mehr als 9 Prozentpunkte höher. Da Reformalternativen mit einer Transferentzugsrate von 100 Prozent im Durchschnitt mit einer Wahrscheinlichkeit von 35 Prozent bevorzugt werden, entspricht dies einer Erhöhung der Zustimmungswahrscheinlichkeit um rund ein Viertel. Darüber hinaus werden Reformvorschläge mit geringeren Transferentzugsraten für Eltern mit Kindern be-

vorzugt. Die Zustimmungswahrscheinlichkeit erhöht sich hier um 4,3 Prozentpunkte.

Reformen mit einem höheren Schonvermögen werden besser bewertet als die Referenzkategorie (Schonvermögen von 0 Euro). Reformvorschläge mit einem Schonvermögen von 15.000 Euro werden mit einer um mehr als 8 Prozentpunkte höheren Wahrscheinlichkeit positiver bewertet als die Referenzkategorie. Allerdings deutet der leichte Rückgang der Regressionskoeffizienten für Schonvermögen über 15.000 Euro darauf hin, dass höhere Schonvermögen die Zustimmung nicht weiter erhöhen.

Leistungskürzungen im Fall von Pflichtverletzungen wirken sich (im Vergleich zu keinen Kürzungen) positiv auf die Bewertung der Reformszenarien aus. Wird das Bürgergeld als Sanktionsmaßnahme um 30 Prozent gekürzt, erhöht dies die Wahrscheinlichkeit, dass eine Reformvariante positiv bewertet wird, um 6,4 Prozentpunkte. Dies entspricht einer Erhöhung der Zustimmungswahrscheinlichkeit um 12 Prozent.

Unsere Ergebnisse deuten darauf hin, dass das Attribut „Zusammenlegung von Sozialleistungen“ für die Befragten relativ unbedeutend ist, da die Bewertung der Reform im Durchschnitt nicht von der Ausprägung dieses Attributs abhängt. Allerdings ist bei der Interpretation dieses Ergebnisses zu berücksichtigen, dass der Nulleffekt durch die hohe Abstraktheit des Attributs zu erklären sein könnte. Selbst wenn den Befragten erläutert wurde, dass eine Zusammenlegung des Bürgergeldes mit dem Wohngeld und dem Kinderzuschlag der Vereinfachung des Systems sowie dem Bürokratieabbau dienen würde, kann man nicht davon ausgehen, dass Wohngeld und Kinderzuschlag allgemein bekannte Sozialleistungen sind. Der Wissensstand der Befragten hinsichtlich dieser beiden Sozialleistungen wurde nicht erhoben. Wir können daher nicht ausschließen, dass eine ausführlichere Erläuterung der Vorzüge einer Zusammenlegung von Sozialleistungen dazu geführt hätte, dass die Befragten eine solche Zusammenlegung positiv bewerteten.

Abschließend ermitteln wir den beliebtesten Reformvorschlag und vergleichen ihn mit dem Status quo sowie mit dem aus der Wachstumsinitiative der Bundesregierung abgeleiteten Reformvorschlag (siehe Tabelle 3b). Die Ausprägungen der beliebtesten Ausgestaltung sind eine Transferentzugsrate von 60 Prozent, die Berücksichtigung von Kindern, Sanktionen im Fall von Pflichtverletzungen in Höhe von 30 Prozent, die Zusammenlegung von Sozialleistungen und ein Schonvermögen von 15.000 Euro. Wie in Abschnitt 2 dargestellt, liegt die Transferentzugsrate im Status quo bei ungefähr 80 Prozent. Die Wachstumsinitiative der Bundesregierung sieht eine niedrigere Transferentzugsrate vor; wir nehmen hierfür 70 Prozent an. Gleichzeitig

¹¹ Die partielle Korrelation eines Attributs mit der Ergebnisvariable gibt an, wie stark sich die Ergebnisvariable ändert, wenn sich die Ausprägung des jeweiligen Attributs ändert (Wallander 2009). Sie ist somit ein Maß für die relative Bedeutung eines Attributs für die Bewertung der Reform: Je stärker die Bewertung der Reform von der konkreten Ausprägung eines Attributs abhängt (das heißt, je höher der absolute Wert der Partialkorrelation ist), desto wichtiger ist den Befragten das jeweilige Attribut.

sollen die Sanktionen im Fall von Pflichtverletzungen von 10 Prozent des Regelsatzes (bei erstmaliger Pflichtverletzung) auf 30 Prozent angehoben werden.

Tabelle 3a: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz, Input-Version

Variablen	(1)
Transferenzugsrate (Referenzkategorie = 100 %)	
90 %	0,0280*** (0,00923)
80 %	0,0537*** (0,00948)
70 %	0,0700*** (0,00956)
60 %	0,0922*** (0,00978)
Berücksichtigung Kinder (Referenzkategorie = ja)	
Nein	-0,0432*** (0,00605)
Schonvermögen (Referenzkategorie = 0 Euro)	
7.500	0,0744*** (0,00964)
15.000	0,0819*** (0,0100)
30.000	0,0787*** (0,0104)
60.000	0,0604*** (0,0111)
Leistungskürzungen (Referenzkategorie = keine)	
10 % des Bürgergeldes	0,0552*** (0,00886)
20 % des Bürgergeldes	0,0579*** (0,00903)
30 % des Bürgergeldes	0,0644*** (0,00944)
Zusammenlegung Sozialleistungen	
(Referenzkategorie = ja)	
Nein	-0,00832 (0,00599)
Konstante	0,350*** (0,0114)
Beobachtungen	27.920
R-Quadrat	0,325

Anmerkung: OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ (Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette strikt positiv bewertet wurde) auf eine Dummy-Matrix, die alle Ausprägungen für jedes Attribut erfasst (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird), Standardfehler in Klammern nach Befragten geclustert, *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Auch wenn Leistungsbeziehende mit Kindern hinsichtlich der Zuverdienstmöglichkeiten bereits bessergestellt sind, wird dennoch eine Ausweitung gefordert. Deshalb definieren wir den Status quo hinsichtlich der Berücksichtigung von Kindern so, dass diese nicht berücksichtigt werden. Die Wachstumsinitiative sieht eine solche Änderung ebenfalls nicht vor. Ebenso unterscheiden sich der Status quo und der Reformvorschlag der Bundesregierung nicht wesentlich hinsichtlich des Schonvermögens oder der Zusammenlegung von Sozialleistungen. Der Reformvorschlag sieht lediglich eine Verkürzung der Karenzzeit vor, weshalb für beide Alternativen ein Schonvermögen von 15.000 Euro definiert wird. Auch eine Zusammenlegung der Sozialleistungen ist weder im Status quo gegeben noch im Reformvorhaben der Bundesregierung vorgesehen.

Insgesamt ergibt sich aus unserem Vignettenexperiment, dass der so definierte Status quo des Bürgergeldes im Durchschnitt mit einer Wahrscheinlichkeit von 49 Prozent befürwortet wird. Im Vergleich dazu erhöht der Reformvorschlag der Bundesregierung die Zustimmungswahrscheinlichkeit in der Bevölkerung um 2,5 Prozentpunkte auf 51,5 Prozent. Eine deutlich stärkere Zustimmung ergibt sich für die beliebteste Reformalternative. Im Vergleich zum Status quo erhöht diese die Zustimmungswahrscheinlichkeit um fast 10 Prozentpunkte (oder knapp 20 Prozent) auf insgesamt 58,9 Prozent. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass der Reformvorschlag der Bundesregierung im Vergleich zum Status quo die Zustimmung in der Bevölkerung auf mehr als 50 Prozent erhöhen würde. Im Vergleich zur populärsten Reformvariante zeigt sich jedoch, dass sich die Zustimmung in der Bevölkerung noch weiter steigern ließe. Vor allem eine geringere Transferenzugsrate und eine stärkere Berücksichtigung von Kindern bei den Zuverdienstmöglichkeiten erscheinen hierfür als ausschlaggebend.

4.2 Relative Wichtigkeit der Attribute, Input-Version

Tabelle 4 zeigt die relative Bedeutung der einzelnen Attribute. Die partiellen Korrelationen deuten darauf hin, dass den Befragten die Höhe der Transferenzugsrate am wichtigsten ist, gefolgt von der Berücksichtigung von Kindern bei der Höhe der Transferenzugsrate, den Leistungskürzungen im Fall von Pflichtverletzungen und schließlich der Höhe des Schonvermögens. Ob das Bürgergeld mit anderen Sozialleistungen zusammengelegt wird, scheint bei der Bewertung einer Reform eine vernachlässigbare Rolle zu spielen. Wie erläutert, ist auch hier zu berücksichtigen, dass die Befragten dem etwas abstrakten Attribut „Zusammen-

Tabelle 3b: Zustimmungswahrscheinlichkeit zu beliebtester Reform, Status quo und Reformvorschlag Wachstumsinitiative

Variablen	Status quo	beliebteste Variante	Reformvorschlag Wachstumsinitiative
Transferenzgrate	80 %	60 %	70 %
Berücksichtigung Kinder	nein	ja	nein
Schonvermögen	15.000	15.000	15.000
Leistungskürzungen	10 %	30 %	30 %
Zusammenlegung	nein	ja	nein
Zustimmung	49 %	58,9 %	51,5 %

Anmerkung: Die beliebteste Reformvariante ist jene Attributkombination mit der höchsten durchschnittlichen Zustimmungswahrscheinlichkeit. Die Attributsausprägungen für Status quo und Reformvorschlag Wachstumsinitiative wurden ausgewählt wie im Text beschrieben. Die Zustimmungswahrscheinlichkeiten zu den drei Varianten entsprechen den vorhergesagten Werten (Predicted values) für die jeweiligen Vignettenkombinationen aus der Regression in Tabelle 3a.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle 4: Relative Wichtigkeit der Attribute (partielle Korrelation), Inputs

Variablen	partielle Korrelation mit Zustimmung
Transferenzgrate	0,0626***
Berücksichtigung Kinder	-0,0392***
Schonvermögen	0,0274***
Leistungskürzungen	0,0290***
Zusammenlegung	-0,0051
Beobachtungen	27.920

Anmerkung: Angegeben ist hier die partielle Korrelation der Attribute mit der Ergebnisvariable „Zustimmung“. Die Variable „Zustimmung“ ist eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette strikt positiv bewertet wurde. Die partielle Korrelation zu der Ergebnisvariable gibt an, wie sehr die Ergebnisvariable variiert, wenn sich die Ausprägungen des jeweiligen Attributs ändern. Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Zusammenstellung

legung von Sozialleistungen“ womöglich mehr Bedeutung beigemessen hätten, wenn man ihnen die Vorzüge einer Zusammenlegung mit Wohngeld und Kinderzuschlag näher erläutert hätte, ebenso wie die Gründe, aus denen die Zusammenlegung gerade mit diesen beiden Sozialleistungen dem Bürokratieabbau zuträglich sein könnte.

4.3 Reformakzeptanz in der Bevölkerung, Output-Version

Tabelle 5a zeigt die Regressionsergebnisse aus Gleichung (1) für die Output-Version des Vignettenexperiments. Es wird untersucht, ob sich die Zustimmung verändert, wenn eine Variable zu- oder abnimmt, relativ zur Konstanz eines Attributes. Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Ein Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wirkt sich negativ auf die Bewertung der Reformalternativen aus, ein Anstieg erhöht die Zustimmung. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine Reformalternative mit sinkender Beschäftigung positiv bewertet wird, ist um 5 Prozentpunkte (etwa 10 Prozent) geringer als bei Reformen mit konstanter Beschäftigung. Ebenso werden Reform-

vorschläge bevorzugt, welche die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöhen (und solche eher ablehnt, die sie senken). Ein Anstieg der Zahl der Bürgergeldempfänger:innen senkt die Zustimmung, ein Rückgang erhöht sie.

Reformen, die mit einem geringeren Armutsrisko einhergehen, werden gegenüber solchen mit konstantem Armutsrisko bevorzugt; Reformen mit steigendem Armutsrisko werden signifikant schlechter bewertet. Der Effekt beträgt hier -8 (bei „steigt“) beziehungsweise +4 (bei „sinkt“) Prozentpunkte. Während eine Reduktion der Kosten für den Staatshaushalt keinen signifikanten Einfluss auf die Bewertung der Reform hat, senkt eine Erhöhung der Kosten die Zustimmungswahrscheinlichkeit (im Vergleich zu konstanten Kosten) um 4 Prozentpunkte.

Analog zu Abschnitt 4.1 ermitteln wir auch hier die beliebteste Reform und vergleichen sie mit dem Status quo (siehe Tabelle 5b).¹² Dabei wird der Status quo für jedes Attribut naturgemäß durch die Ausprägung „bleibt etwa gleich“ abgebildet. Wenig überraschend ist die Zusam-

¹² Ein Vergleich mit dem Reformvorschlag der Bundesregierung im Rahmen des Wachstumspakets ist nicht möglich, da dieser zu unkonkret ist, als dass sich die genauen Folgen abschätzen ließen.

mensetzung der Auswirkungen der präferierten Reformalternative: Im Durchschnitt wird eine Reform dann am stärksten befürwortet, wenn sie die Beschäftigung und die Erwerbsbeteiligung von Frauen erhöht und die Zahl der Bürgergeldempfänger:innen, das Armutsrisiko und die öffentlichen Kosten reduziert. Während der Status quo eine Zustimmungswahrscheinlichkeit von 53,5 Prozent aufweist, erhöhen die populärsten Reformwirkungen zusammen die Zustimmungswahrscheinlichkeit auf 66,2 Prozent. Dies entspricht einer deutlichen Steigerung von 12,7 Prozentpunkten oder rund 24 Prozent.

Tabelle 5a: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz, Output-Version

	(1)
Variablen	Zustimmung
Beschäftigung (Referenzkategorie = konstant)	
steigt	0,0210*** (0,00732)
fällt	-0,0506*** (0,00755)
Partizipation Frauen (Referenzkategorie = konstant)	
steigt	0,0279*** (0,00741)
fällt	-0,0487*** (0,00736)
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen (Referenzkategorie = konstant)	
steigt	-0,0382*** (0,00723)
fällt	0,0179** (0,00737)
Armutsrisiko (Referenzkategorie = konstant)	
steigt	-0,0802*** (0,00753)
fällt	0,0471*** (0,00755)
Kosten (Referenzkategorie = konstant)	
steigen	-0,0442*** (0,00740)
fallen	0,0131* (0,00736)
Konstante	0,535*** (0,00962)
Beobachtungen	27.710
R-Quadrat	0,303

Anmerkung: OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ (Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette (strikt) positiv bewertet wurde) auf eine Dummy-Matrix, die alle Ausprägungen für jedes Attribut erfasst (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird), Standardfehler in Klammern nach Befragten geclustert, Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle 5b: Zustimmungswahrscheinlichkeit zu beliebtester Reform und Status quo

Variablen	Status quo	beliebteste Variante
Beschäftigung	bleibt gleich	steigt
Partizipation Frauen	bleibt gleich	steigt
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen	bleibt gleich	fällt
Armutsrisiko	bleibt gleich	fällt
Staatsausg. für Bürgergeld	bleibt gleich	fallen
Zustimmung	53,5 %	66,2 %

Anmerkung: Die beliebteste Reformvariante ist jene Attributkombination mit der höchsten durchschnittlichen Zustimmungswahrscheinlichkeit. Die Attributsausprägungen für Status quo wurden wie im Text beschrieben ausgewählt. Die Zustimmungswahrscheinlichkeiten zu den beiden Varianten entsprechen den vorhergesagten Werten (predicted values) für die jeweiligen Vignettenkombinationen aus der Regression in Tabelle 5a. Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle 6: Relative Wichtigkeit der Attribute (partielle Korrelation), Output-Version

Variablen	partielle Korrelation mit Zustimmung
Beschäftigung	-0,0583***
Partizipation Frauen	-0,0589***
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen	0,0411***
Armutsrisiko	0,0926***
staatliche Ausgaben für das Bürgergeld	0,0395***
Beobachtungen	27.710

Anmerkung: Angegeben ist hier die partielle Korrelation der Attribute mit der Ergebnisvariable „Zustimmung“. Die Variable „Zustimmung“ ist eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette strikt positiv bewertet wurde. Die partielle Korrelation zu der Ergebnisvariable gibt an, wie sehr die Ergebnisvariable variiert, wenn sich die Ausprägungen des jeweiligen Attributs ändern. Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Zusammenstellung

4.4 Relative Wichtigkeit der Attribute, Output-Version

Tabelle 6 zeigt (analog zu Tabelle 4 für die Input-Version) die Ergebnisse der Analyse der relativen Wichtigkeit der Attribute mittels partieller Korrelation. Für die Output-Version des Vignettenexperiments zeigt Tabelle 6, dass für die Befragten die Wirkung der Reform auf das Armutsrisiko das wichtigste Attribut für die Bewertung der Reform darstellt, gefolgt von der Wirkung auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt. Die Auswirkungen der Reform auf die

Kosten für den Staatshaushalt und die Zahl der Bürgergeldempfänger:innen spielen im Vergleich zu den anderen Attributen eine etwas geringere Rolle in der Bewertung.

5 Heterogenität in der Akzeptanz verschiedener Reformvarianten

5.1 Heterogenität nach demografischen Merkmalen

Im Folgenden fassen wir die Unterschiede in der Zustimmung zu verschiedenen Reformvorschlägen und Reformeffekten in Abhängigkeit von den Merkmalen Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und Familienstand zusammen. Geschätzt haben wir die Ergebnisse durch eine Erweiterung der Regression aus Gleichung (1) um Interaktionsterme, welche die Wechselwirkungen zwischen den einzelnen Ausprägungen jedes Attributs und dem entsprechenden demografischen Merkmal erfassen.

Hinsichtlich des Geschlechts der Befragten lassen sich zwei Unterschiede in der Zustimmung zu den hypothetischen Reformvorschlägen feststellen. Zum einen bewerten sowohl Männer als auch Frauen Reformen mit positiven Schonvermögen positiver als Reformen ohne Schonvermögen, Männer reagieren jedoch stärker positiv auf höhere Schonvermögen. Zum anderen reagieren männliche Befragte im Durchschnitt weniger positiv auf Leistungskürzungen im Fall von Pflichtverletzungen. Hinsichtlich der Reformwirkungen lässt sich nur ein Unterschied feststellen: Männliche Befragte bewerten Reformen, die zu mehr Beschäftigung führen, stärker positiv.

Einen weiteren Einfluss auf die Bewertung der Höhe des Schonvermögen hat das Alter der Befragten. Je älter die Befragten sind, desto eher bewerten sie Reformen mit höherem Schonvermögen positiv als jüngere Befragte. Gleichzeitig messen sie bei den Reformwirkungen den Beschäftigungseffekten und der Frauenerwerbsbeteiligung eine höhere Bedeutung bei.

Bildung und Haushaltseinkommen der Befragten spielen ebenfalls eine signifikante Rolle bei der Bewertung der Reformvorschläge und der jeweiligen Auswirkungen der Reformen. So bewerten Personen mit höherer Bildung und höherem Haushaltseinkommen Reformen mit Leistungskürzungen tendenziell häufiger positiv als Befragte mit niedrigerer Bildung. Besonders deutlich ist der Einfluss des Bildungsniveaus auf die Zustimmung zu verschiedenen Reformwirkungen. Vergleichsweise höher gebildete Befragte sind weniger geneigt, Reformen zu befürworten, die

zu höheren Kosten, geringerer Beschäftigung, geringerer Erwerbsbeteiligung von Frauen oder einem höheren Armutsrisko führen. Auch wenn unsere Ergebnisse keine kausalen Schlussfolgerungen zulassen, deuten sie doch darauf hin, dass ein höheres Bildungsniveau mit einer größeren Sensibilität für die negativen Auswirkungen von Reformen einhergeht. Ebenso führen steigende Kosten bei Befragten mit höherem Haushaltseinkommen zu einer negativeren Bewertung der Reformen. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Haushalte mit höherem Einkommen die stärkere Belastung durch das progressive Steuersystem antizipieren.

Der Familienstand der Befragten spielt dagegen eine eher untergeordnete Rolle – mit den folgenden Ausnahmen: Hinsichtlich der Reformwirkungen bewerten verheiratete Befragte Reformen, die zu mehr Erwerbsbeteiligung von Frauen führen, seltener positiv. Die Zustimmungswahrscheinlichkeit zu Reformen, die zu einer geringeren Erwerbsbeteiligung von Frauen führen, steigt mit der Zahl der Kinder im Haushalt.

5.2 Heterogenität nach Einstellungen

Im Folgenden präsentieren wir die Unterschiede in der Zustimmung zu den Reformvorschlägen und den Reformwirkungen in Abhängigkeit von verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Einstellungen der Befragten.

5.2.1 Politische Orientierung

Im Zuge der Befragung wurde den Teilnehmer:innen die folgende Frage gestellt: „*In der Politik wird manchmal von „links“ und „rechts“ gesprochen. Wo würden Sie sich selbst auf der folgenden Skala einordnen, auf der -5 „sehr links“ und +5 „sehr rechts“ bedeutet?*“ Erweitert man Regression (1) um Interaktionsterme zwischen den einzelnen Ausprägungen jedes Attributs eines Reformvorschlags und der Variable, welche die politische Orientierung der Teilnehmer:innen misst, so lassen sich Heterogenitäten feststellen.

5.2.1.1 Unterschiede nach politischer Orientierung, Input-Version

Die Regressionsergebnisse für die Input-Version sind in Tabelle 7 zusammengefasst. Unterschiede nach politischer Orientierung zeigen sich für drei Attribute: die Transferentzugsrate (in den Tabellen und Abbildungen teilweise abgekürzt als TFE), die Berücksichtigung von Kindern und das Schonvermögen. Befragte, die sich politisch weiter rechts verorten, bewerten niedrigere Transferentzugsraten

weniger positiv. Dies ist insofern überraschend, als niedrigere Transferenzugsraten stärkere Arbeitsanreize bedeuten, die typischerweise eher von rechts orientierten Politiker:innen befürwortet werden. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass einige rechts orientierten Befragte diesen Zusammenhang weniger gut verstehen und/oder dass sie weniger als linke Befragte gutheißen, wenn Bürgergeldempfänger:innen auch im Fall der Erwerbstätigkeit einen hohen Anteil ihrer Transfers behalten.

Gleichzeitig bewerten politisch weiter rechts stehende Befragte ein höheres Schonvermögen im Vergleich zu gar keinem Schonvermögen im Durchschnitt seltener positiv als linke Befragte. Reformvorschläge ohne Berücksichtigung von Kindern bewerten sie häufiger positiv.

Tabelle 7: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz (Input-Version), Heterogenität bezüglich politischer Orientierung (Interaktionsregression)

Variablen	Zustimmung
Transferenzugsrate (Referenzkategorie = 100 %)	
90 %	0,0921*** (0,0289)
80 %	0,0887*** (0,0288)
70 %	0,134*** (0,0301)
60 %	0,156*** (0,0311)
Berücksichtigung Kinder (Referenzkategorie = ja)	
Nein	-0,0806*** (0,0189)
Schonvermögen (Referenzkategorie = 0 Euro)	
7.500	0,119*** (0,0321)
15.000	0,201*** (0,0313)
30.000	0,162*** (0,0325)
60.000	0,133*** (0,0337)
Leistungskürzungen (Referenzkategorie = keine)	
10 % des Bürgergeldes	0,0374 (0,0273)
20 % des Bürgergeldes	0,0235 (0,0270)
30 % des Bürgergeldes	0,0258 (0,0289)
Zusammenlegung Sozialleistungen (Referenzkategorie = ja)	
Nein	-0,00727 (0,0191)
TFE * politische Orientierung	
90 %	-0,0102** (0,00430)
80 %	-0,00565

Tabelle 7: (fortgesetzt)

70 %	(0,00420) -0,0103** (0,00443)
60 %	-0,0102** (0,00456)
Berücksichtigung Kinder * politische Orientierung	
Nein	0,00599** (0,00280)
Schonvermögen * politische Orientierung	
7.500	-0,00716 (0,00472)
15.000	-0,0190*** (0,00460)
30.000	-0,0133*** (0,00474)
60.000	-0,0116** (0,00497)
Leistungskürzungen * politische Orientierung	
10 % des Bürgergeldes	0,00289 (0,00401)
20 % des Bürgergeldes	0,00552 (0,00395)
30 % des Bürgergeldes	0,00616 (0,00422)
Zusammenlegung Sozialleistungen * politische Orientierung	
Nein	-0,000221 (0,00279)
Konstante	0,351*** (0,0114)
Beobachtungen	27.920
R-Quadrat	0,326

Anmerkung: OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ (Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette (strikt) positiv bewertet wurde) auf eine Dummy-Matrix, die alle Ausprägungen für jedes Attribut erfasst (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird), und Interaktionsterme zwischen diesen Attributen und der Variable „politische Orientierung“ (Variable, die die Werte 1 („sehr links“) bis 11 („sehr rechts“) annehmen kann und die angegebene politische Orientierung der jeweiligen Befragten festhält), Standardfehler in Klammern nach Befragten geclustert, Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1. Quelle: eigene Zusammenstellung

Die jeweiligen Unterschiede nach politischer Orientierung führen jedoch nicht zu qualitativ unterschiedlichen Präferenzrelationen der politischen Gruppen („links“ und „rechts“) bezüglich der einzelnen Ausprägungen dieser Attribute. Abbildung 1 verdeutlicht dies. Es zeigt sich, dass trotz unterschiedlicher Zustimmungswahrscheinlichkeiten bei den Transferenzugsraten das Muster für beide Subgruppen gleichbleibt: Sowohl politisch rechts als auch politisch links orientierte Befragte bevorzugen im Durchschnitt geringere Transferenzugsraten.

Auch hinsichtlich des Schonvermögens und der Berücksichtigung von Kindern bleibt es trotz der Unterschiede

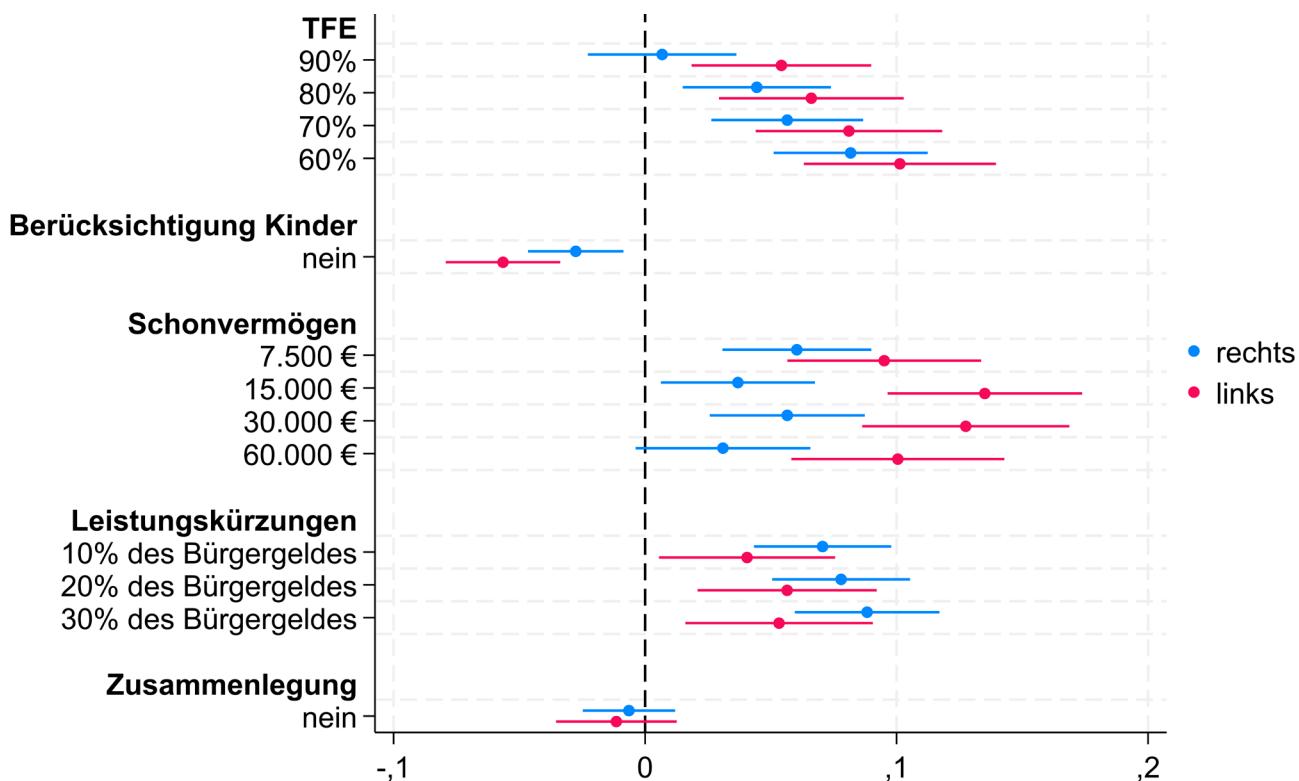


Abbildung 1: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz (Input-Version), Vergleich der Koeffizienten nach politischer Orientierung (Split sample)
Quelle: eigene Darstellung

dabei, dass beide Gruppen Reformvorschläge mit höherem Schonvermögen im Durchschnitt häufiger positiv bewerten als solche mit 0 Euro Schonvermögen und Reformvorschläge ohne Berücksichtigung von Kindern seltener positiv bewerten als solche mit. Der Unterschied in der Zustimmung beruht also vor allem darauf, dass politisch links orientierte Befragte stärkere Präferenzen für geringere Transferentzugsraten, höhere Schonvermögen und die Berücksichtigung von Kindern zeigen als politisch rechts orientierte Befragte, auch wenn die Präferenzrelationen als solche zwischen beiden Gruppen ähnlich sind.

5.2.1.2 Unterschiede nach politischer Orientierung, Output-Version

Hinsichtlich der Reformwirkungen (Output-Version) zeigen sich Unterschiede nach politischer Orientierung für zwei Attribute: Frauenerwerbsbeteiligung und Armutsrisikoquote. Befragte, die sich politisch weiter links verorten, bewerten Reformen, die zu einem Rückgang der Frauenerwerbsbeteiligung führen, häufiger negativ. Gleichzeitig bewerten sie Reformen, die zu einer steigenden Armutsrisikoquote führen, seltener positiv und Reformen, die zu einer sinkenden Armutsrisikoquote führen, häufiger positiv als

Befragte, die sich politisch weiter rechts verorten. Alle Ergebnisse dieser Untersuchung sind in Tabelle 8 zusammengefasst.

Tabelle 8: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz (Output-Version), Heterogenität bezüglich politischer Orientierung (Interaktionsregression)

Variablen	(1)	
		Zustimmung
Beschäftigung (Referenzkategorie = konstant)		
steigt	0,0522** (0,0232)	
fällt	-0,0846*** (0,0236)	
Partizipation Frauen (Referenzkategorie = konstant)		
steigt	0,0482** (0,0231)	
fällt	-0,135*** (0,0231)	
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen (Referenzkategorie = konstant)		
steigt	-0,0561** (0,0232)	
fällt	-0,00384 (0,0225)	

Tabelle 8: (fortgesetzt)

	(1)
Variablen	Zustimmung
Armutsrisiko (Referenzkategorie = konstant)	
steigt	-0,162*** (0,0237)
fällt	0,102*** (0,0236)
Kosten (Referenzkategorie = konstant)	
steigen	-0,0473** (0,0230)
fallen	-0,0258 (0,0235)
Beschäftigung * politische Orientierung	
steigt	-0,00493 (0,00343)
fällt	0,00533 (0,00344)
Partizipation Frauen * politische Orientierung	
steigt	-0,00326 (0,00337)
fällt	0,0136*** (0,00339)
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen * politische Orientierung	
steigt	0,00292 (0,00341)
fällt	0,00342 (0,00333)
Armutsrisiko * politische Orientierung	
steigt	0,0128*** (0,00345)
fällt	-0,00882** (0,00346)
Kosten * politische Orientierung	
steigen	0,000506 (0,00338)
fallen	0,00619* (0,00347)
Konstante	0,535*** (0,00961)
Beobachtungen	27.710
R-Quadrat	0,306

Anmerkung: OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ (Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette (strikt) positiv bewertet wurde) auf eine Dummy-Matrix, die alle Ausprägungen für jedes Attribut erfasst (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird), und Interaktionsterme zwischen diesen Attributen und der Variable „politische Orientierung“ (Variable, die die Werte 1 („sehr links“) bis 11 („sehr rechts“) annehmen kann und die angegebene politische Orientierung der jeweiligen Befragten festhält). Standardfehler in Klammern nach Befragten geclustert, Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1. Quelle: eigene Zusammenstellung

Analog zur Input-Version haben wir auch für die Output-Version untersucht, ob die jeweiligen Unterschiede nach

politischer Orientierung zu unterschiedlichen Präferenzrelationen der politischen Gruppen („links“ und „rechts“) bezüglich der einzelnen Ausprägungen der Attribute führen. Auch hier zeigt sich, dass trotz unterschiedlicher Zustimmungswahrscheinlichkeiten zu Reformen, die zu einer sinkenden Frauenerwerbsbeteiligung und zu Veränderungen der Armutsrisikoquote führen, das Muster für beide Teilgruppen gleichbleibt (siehe Abbildung 2). Im Vergleich zu einer gleichbleibenden Frauenerwerbsbeteiligung bewerten beide Gruppen Reformen, die zu einer fallenden Partizipation von Frauen führen, seltener positiv. Auch hinsichtlich der Armutsrisikoquote bleibt es trotz der Unterschiede dabei, dass beide Gruppen im Durchschnitt Reformen mit steigender Armutsrisikoquote seltener und Reformen mit sinkender Armutsrisikoquote häufiger positiv bewerten als Reformen mit gleichbleibender Armutsrisikoquote. Der Unterschied in der Zustimmung ist also vor allem darauf zurückzuführen, dass links orientierte Befragte stärkere Präferenzen für die Partizipation von Frauen und für Veränderungen der Armutsrisikoquote zeigen.

5.2.2 Gerechtigkeitsprinzipien – Bedarfs- vs. Leistungsprinzip

Im weiteren Verlauf unserer Umfrage sollten die Teilnehmenden Aussagen zur sozialen Gerechtigkeit auf einer Skala von -5 („stimme gar nicht zu“) bis +5 („stimme voll zu“) bewerten. Im Folgenden werden die Unterschiede in der Bewertung der Reformelemente und -wirkungen in Abhängigkeit von der Zustimmung zum Bedarfs- und zum Leistungsprinzip erörtert. Die Zustimmung der Befragten zum Bedarfsprinzip wird dabei über die Zustimmung zu folgender Aussage gemessen: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert.“ Das Leistungsprinzip wird dagegen mit der Zustimmung zu folgender Aussage gemessen: „Gerecht ist, wenn jede Person nur das bekommt, was sie durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat.“

Für die Input-Version zeigen sich Unterschiede in den Reformbewertungen in Abhängigkeit von der Zustimmung zum Leistungsprinzip bei den Attributen Transferenzgratsrate, Berücksichtigung von Kindern, Schonvermögen und Leistungskürzungen. Befragte, die dem Leistungsprinzip zustimmen, bewerten Reformvorschläge mit geringeren Transferenzgratsraten und höherem Schonvermögen im Durchschnitt seltener positiv als Befragte, die dem Leistungsprinzip weniger zustimmen. Gleichzeitig bewerten Befragte, die dem Leistungsprinzip zustimmen, Reformvorschläge ohne Berücksichtigung von Kindern und mit

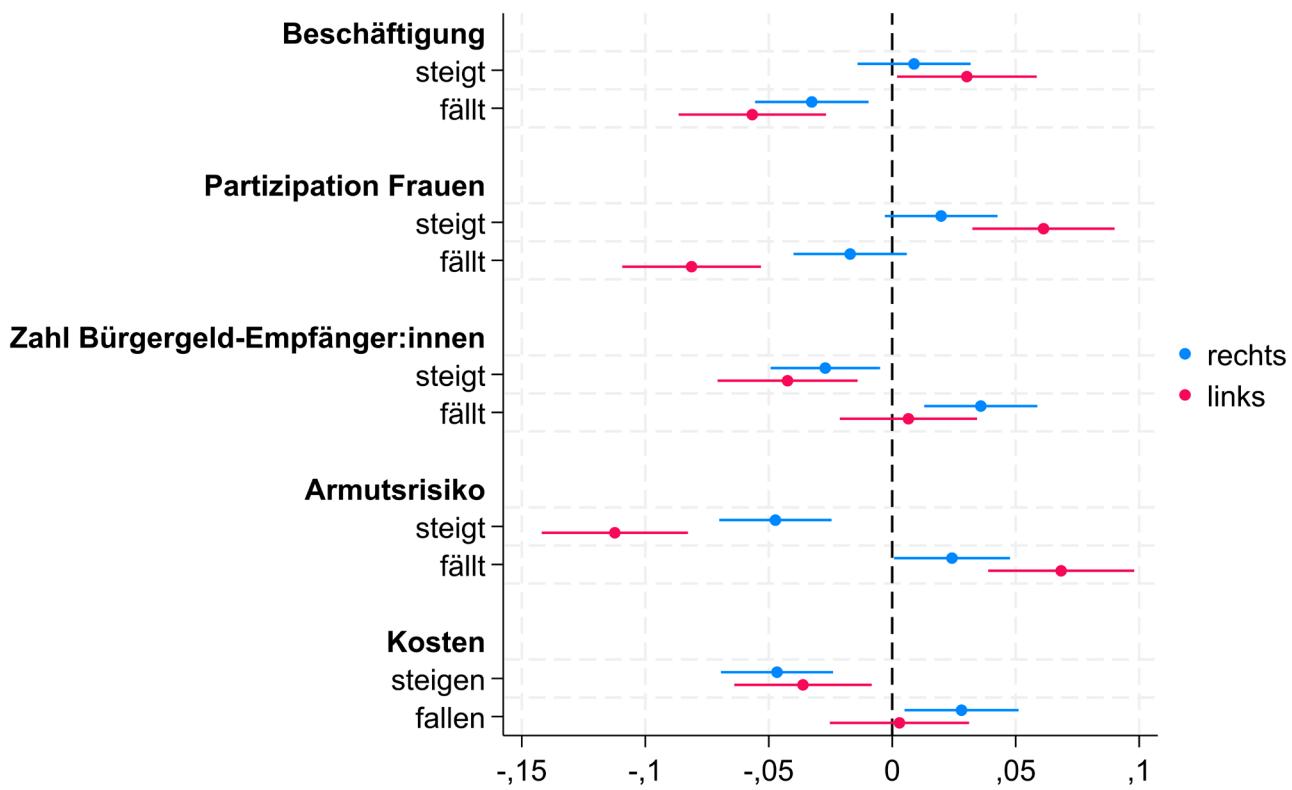


Abbildung 2: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz (Output-Version), Vergleich der Koeffizienten nach politischer Orientierung (Split sample)
Quelle: eigene Darstellung

höheren Leistungskürzungen im Durchschnitt häufiger positiv als Befragte, die dem Leistungsprinzip weniger zustimmen.

Bei der Zustimmung zum Bedarfsprinzip finden sich Unterschiede bei den gleichen Attributen. Die Unterschiede stehen im Gegensatz zu den oben dokumentierten Heterogenitäten beim Leistungsprinzip. Befragte, die dem Bedarfsprinzip zustimmen, bewerten Reformvorschläge mit geringeren Transferenzugsraten und höheren Schonvermögen im Durchschnitt häufiger positiv als Befragte, die dem Bedarfsprinzip weniger zustimmen. Gleichzeitig bewerten Befragte, die dem Bedarfsprinzip zustimmen, Reformvorschläge ohne Berücksichtigung von Kindern und mit höheren Leistungskürzungen im Durchschnitt seltener positiv als Befragte, die dem Leistungsprinzip weniger zustimmen.

Auffällig ist, dass die Unterschiede zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip wie beschrieben gegenläufig sind. Daher ist es interessant, die Befragten in Gerechtigkeitstypen einzuteilen und die beiden Gruppen direkt miteinander zu vergleichen. Die Kategorisierung der Befragten erfolgt anhand der strikten Bevorzugung eines Prinzips gegenüber dem anderen. Dabei ist es nicht wichtig, ob

eine Person einem Prinzip zustimmt oder nicht, sondern ob sie eines der beiden Prinzipien strikt höher bewertet als das andere. Der Vorteil besteht darin, dass die Zugehörigkeit zu einem Typ die Zugehörigkeit zu einem anderen Typ ausschließt und damit den Vergleich zweier distinkter Gruppen ermöglicht. Übertragen auf das Leistungs- und Bedarfsprinzip können nach diesem Ansatz 625 Befragte (das heißt, 6.250 Beobachtungen) dem Leistungs-typ und 936 Befragte (das heißt, 9.360 Beobachtungen) dem Bedarfstyp zugeordnet und miteinander verglichen werden.

Abbildung 3 zeigt diesen Vergleich. Die Ergebnisse sind konsistent mit der vorangegangenen Analyse: Personen, die das Leistungsprinzip strikt höher bewerten als das Bedarfsprinzip, bewerten Reformvorschläge mit geringeren Transferenzugsraten, Berücksichtigung von Kindern und höheren Schonvermögen weniger positiv als Personen, die das Bedarfsprinzip am höchsten bewerten. Gleichzeitig bewerten sie Reformvorschläge mit stärkeren Leistungskürzungen häufiger positiv.

Demgegenüber scheint die Zustimmung zum Bedarfs- und Leistungsprinzip für die Zustimmung zu den Reformeffekten (Output-Version) eine untergeordnete Rolle zu

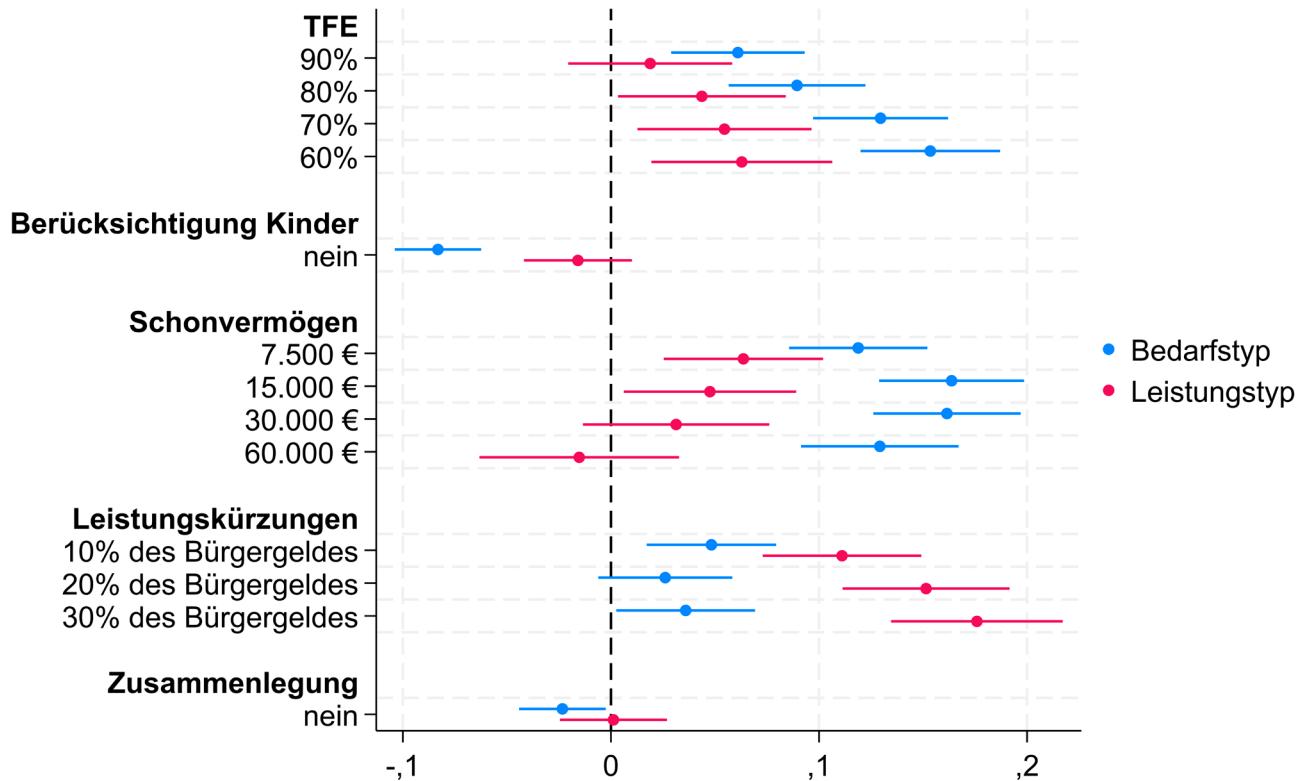


Abbildung 3: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz (Input-Version), Vergleich der Koeffizienten für „Bedarfstyp“ und „Leistungstyp“ (Split sample)
Quelle: eigene Darstellung

spielen. So zeigen sich nur geringe Unterschiede nach der Zustimmung zum Leistungsprinzip. Befragte, die dem Leistungsprinzip zustimmen, bewerten lediglich Reformen, die zu sinkenden Kosten führen, signifikant häufiger positiv als Befragte, die dem Leistungsprinzip weniger zustimmen.

Größere Unterschiede finden wir in der Output-Version hingegen bei der Zustimmung zum Bedarfsprinzip, und zwar nach Armutsrisiko und Kosten. Befragte, die dem Bedarfsprinzip zustimmen, bewerten Reformen, die zu einer Erhöhung des Armutsrisikos führen, im Durchschnitt seltener positiv und Reformen, die zu einer Verringerung des Armutsrisikos führen, häufiger positiv als Befragte, die dem Bedarfsprinzip weniger zustimmen. Gleichzeitig bewerten Befragte, die dem Bedarfsprinzip zustimmen, Reformen, die zu sinkenden Kosten führen, im Durchschnitt seltener positiv als Befragte, die dem Bedarfsprinzip weniger zustimmen.

Analog zur Input-Version ist es auch hier interessant, die Befragten in die beiden Gerechtigkeitstypen einzuteilen und diese Gruppen direkt miteinander zu vergleichen. Abbildung 4 stellt diesen Vergleich grafisch dar. Dabei fällt auf, dass im Vergleich zu den Input-Reformvorschlägen

die Unterschiede zwischen dem Bedarfs- und dem Leistungstyp geringer ausfallen. Lediglich bei den Reformen, welche die Armutsrisikoquote senken, fällt der Unterschied deutlich aus. Befragte des Bedarfstyps bewerten solche Reformen deutlich häufiger positiv als Reformen mit konstanter Armutsrisikoquote. Bei den Befragten des Leistungstyps ist dieser Unterschied nicht signifikant von Null verschieden.

6 Robustheitstests

Um die Robustheit unserer Ergebnisse zu prüfen, schätzen wir den Effekt der verschiedenen Ausprägungen der Vignettenattribute auf die Bewertung der Reformalternativen unter Verwendung alternativer Spezifikationen der Ergebnisvariable sowie des statistischen Modells. Tabelle A2 (Input-Version) und Tabelle A5 (Output-Version) im Anhang fassen die Ergebnisse zusammen. Spalte (1) zeigt, jeweils analog zur Hauptregression, die Ergebnisse einer Regression der Variable „Zustimmung“ auf die einzelnen Reformattribute, jedoch unter Ausschluss der Antworten der 25 Prozent der Teilnehmenden mit der kürzesten Be-

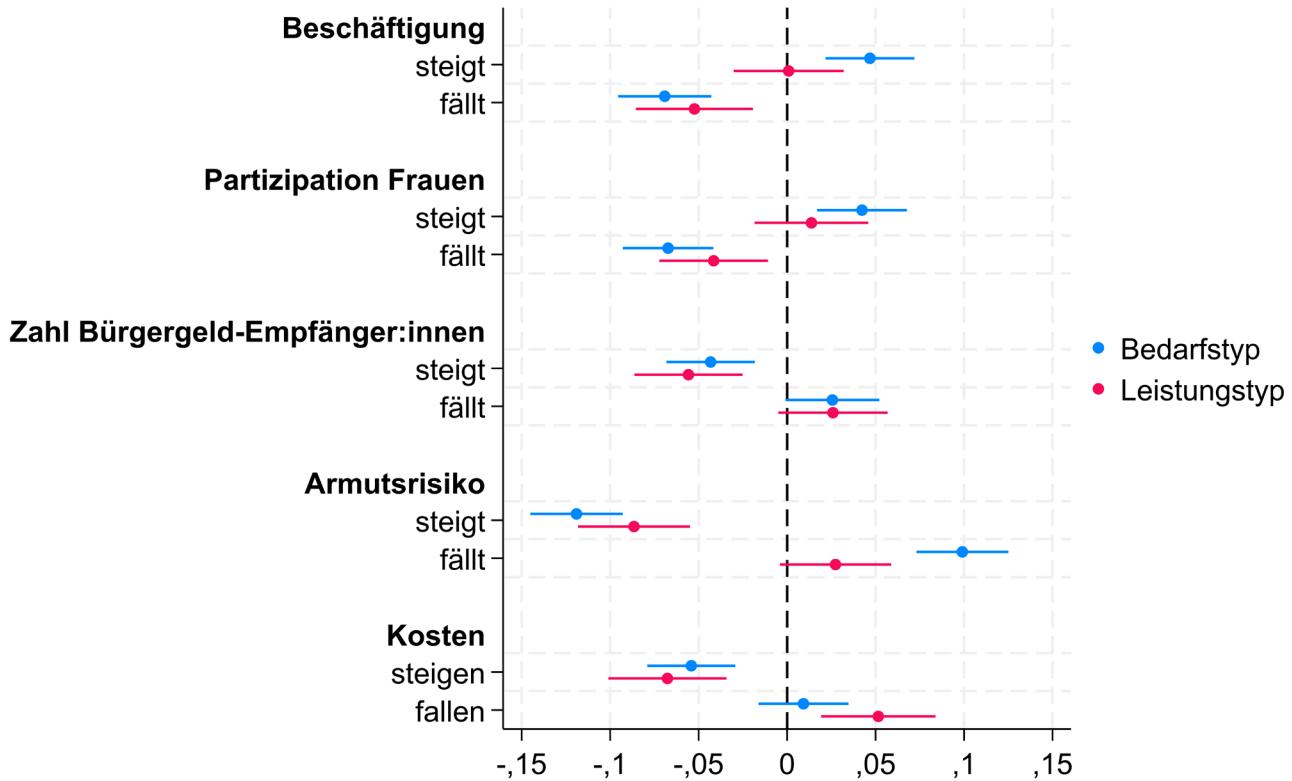


Abbildung 4: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformakzeptanz (Output-Version), Vergleich der Koeffizienten für „Bedarfstyp“ und „Leistungstyp“ (Split sample)
Quelle: eigene Darstellung

arbeitszeit. Auf diese Weise lässt sich prüfen, ob die potenziell geringere Aufmerksamkeit dieser Befragten unsere Hauptergebnisse maßgeblich beeinflusst. Zu sehen ist, dass sowohl für die Input- als auch für die Output-Version die geschätzten Koeffizienten unter Ausschluss dieser Befragten stabil und signifikant bleiben. Die Richtung der Effekte verändert sich nicht, und auch die Größenordnungen zeigen keine großen Abweichungen, wobei die Punktschätzungen der Koeffizienten höher ausfallen als in den jeweiligen Hauptregressionen.

Außerdem überprüfen wir, ob die spezifische Definition der Ergebnisvariable „Zustimmung“ (eine Indikatorvariable für die strikt positive Bewertung einer Vignette) unsere Ergebnisse beeinflusst, das heißt, ob die Verwendung alternativer Ergebnisvariablen Schätzungen ergibt, die inkonsistent mit den bisherigen Resultaten sind. Dafür werden zwei alternative Ergebnisvariablen definiert: die Variable „Ablehnung“ (eine Indikatorvariable für die strikt negative Bewertung einer Vignette) und die Variable „Input-Rating“ (die ursprüngliche Bewertung der Vignetten in der Input-Gruppe auf einer Skala von -5 = „definitiv dagegen“ bis +5 = „definitiv dafür“). Spalte (2) zeigt jeweils die Ergebnisse einer OLS-Regression der Variable

„Ablehnung“ auf die einzelnen Reformattribute. Die geschätzten Effekte der einzelnen Attribute sind konsistent mit den Ergebnissen aus Tabelle 3a und 5a: Reformattribute, die Zustimmung fördern, verringern Ablehnung und umgekehrt. Spalte (3) zeigt jeweils die ordinale logistische Regression der Variable „Input-Rating“ auf die Vignettenattribute. Auch hier sind die Ergebnisse konsistent mit den Resultaten aus den Hauptregressionen: Reformattribute, die Zustimmung zu einer Vignette erhöhen, erhöhen auch insgesamt die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, dass diese Vignette höher auf der 11-stufigen Skala bewertet wird.

Abschließend haben wir analysiert, ob die Berücksichtigung potenzieller Interaktionseffekte zwischen den Reformattributen die Ergebnisse maßgeblich beeinflusst. Hierfür wird die Variable „Zustimmung“ auf eine Dummy-Matrix regressiert, die alle Ausprägungen der einzelnen Attribute und die paarweisen Interaktionsterme aller Ausprägungen (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird) erfasst. Die Ergebnisse sind jeweils in Spalte (4) zusammengefasst. Die geschätzten Koeffizienten der Interaktionsterme sind dabei hier aus Platzgründen nicht angegeben. Es sind dabei allerdings (sowohl für die Input-

als auch für die Output-Version nur wenige der geschätzten Interaktionskoeffizienten (marginal) signifikant.^{13,14}

Trotz der geringen Zahl signifikanter Interaktionen bringt diese Spezifikation für die Input-Version die größte Abweichung gegenüber den geschätzten Koeffizienten für die einzelnen Attributsausprägungen aus unseren Hauptergebnissen hervor. Diese liegen vor allem bei den geschätzten Koeffizienten für die Ausprägungen der Attribute Transferenzugsrate und Berücksichtigung von Kindern vor. An einigen Stellen fallen die geschätzten Koeffizienten kleiner aus und sind nicht mehr signifikant. Letzteres ist dabei teilweise den größeren Standardfehlern geschuldet, da die Berücksichtigung der Interaktionen zu teils hoher Korrelation zwischen den erklärenden Variablen führt. Trotz der Abweichungen, die sich bei der Berücksichtigung der Interaktionsterme ergeben, bleiben viele der Aussagen unserer Hauptergebnisse dennoch stabil. Von den insgesamt 63 Interaktionstermen sind lediglich vier (marginal) signifikant, was angesichts der Vielzahl getester Effekte wahrscheinlich bei zumindest einem davon dem Zufall geschuldet ist. Dies deutet darauf hin, dass die Attributausprägungen weitgehend unabhängig voneinander wirken

und die meisten paarweisen Interaktionen keinen systematischen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Darüber hinaus bleibt die allgemeine Richtung der Haupteffekte trotz Abweichungen konsistent. Die zentralen Präferenzmuster wie die stärkere Zustimmung zu niedrigeren Transferenzugsraten und moderaten Schonvermögen bestehen auch unter Berücksichtigung der Interaktionen.

Zusammenfassend lassen sich also hinsichtlich der geschätzten Koeffizienten für die einzelnen Ausprägungen der Vignettenattribute insgesamt nur wenige Abweichungen von den Ergebnissen in Tabelle 3a und 5a feststellen. Für die meisten Koeffizienten bleiben die Schätzungen unter Berücksichtigung möglicher Interaktionseffekte stabil in ihrer Richtung, Größenordnung und Signifikanz. Dennoch stellt sich (sowohl für die Input- als auch für die Output-Version) die Frage, ob die Berücksichtigung der Interaktionen zwischen den Attributen einen Einfluss auf die Schätzung der beliebtesten Vignettenkombination und deren Zustimmungswahrscheinlichkeit hat. Deshalb haben wir die Schätzung der Zustimmungswahrscheinlichkeit zum Status quo und zur beliebtesten Vignettenkombination unter Berücksichtigung der Interaktionen wiederholt. Die Ergebnisse sind in den Tabellen A3 (Input-Version) und A6 (Output-Version) zusammengefasst.

Für die Input-Version zeigt sich, dass die Berücksichtigung möglicher Interaktionseffekte die Zustimmung zum Status quo senkt. Während diese mittels der Hauptregression noch auf 49 Prozent geschätzt wird, fällt die Schätzung nun auf 46,2 Prozent. Dies könnte hauptsächlich daran liegen, dass der Status quo ein moderates Schonvermögen von 15.000 Euro vorsieht und Kinder beim verbleibenden Zuverdienst nicht berücksichtigt. Die Schätzung der beliebtesten Vignettenkombination ändert sich nicht. Die beliebteste Reformvariante beinhaltet nach wie vor eine Transferenzugsrate von 60 Prozent, die Berücksichtigung von Kindern, ein Schonvermögen von 15.000 Euro, Leistungskürzungen von 30 Prozent und die Zusammenlegung von Sozialleistungen. Anders als im Status quo erhöht sich die geschätzte Zustimmungswahrscheinlichkeit von 58,9 Prozent auf 62,1 Prozent.

Für die Output-Version zeigt sich, dass die Berücksichtigung möglicher Interaktionseffekte die Zustimmung zum Status quo nahezu unverändert lässt (53,7 Prozent verglichen mit 53,5 Prozent in Tabelle 5b). Die Schätzung der beliebtesten Vignettenkombination ändert sich jedoch in einer Auswirkung. Die beliebteste Reform führt nicht mehr zu fallenden Kosten, sondern diese bleiben gleich. Auch wenn fallende Kosten, isoliert betrachtet, attraktiv erscheinen, werden sie in Kombination mit anderen Reformwirkungen möglicherweise als weniger entscheidend wahrgenommen. Die beliebteste Reform führt ansonsten

¹³ In der Input-Version haben 60 Prozent Transferenzugsrate und 7.500 Euro Schonvermögen gemeinsam einen positiven Effekt (+4,6 Prozent), 10 Prozent Leistungskürzungen und 60.000 Euro Schonvermögen haben gemeinsam einen negativen Effekt (-4,7 Prozent), und die Nicht-Berücksichtigung von Kindern hat einen negativen Effekt auf die Zustimmung zu Reformen mit Schonvermögen von 7.500 und 15.000 Euro (-3 Prozent und -4,1 Prozent). Angesichts der Zahl der Interaktionen zwischen den einzelnen Attributen ist die erste genannte Interaktion wahrscheinlich dem Zufall geschuldet. Der negative Interaktionseffekt von 10 Prozent Leistungskürzungen und 60.000 Euro Schonvermögen könnte möglicherweise mit der Sorge erklärt werden, dass hohe Schonvermögen und niedrigere Sanktionen gemeinsam zu weniger Disziplin und mehr Pflichtverletzungen führen könnten. Die Berücksichtigung von Kindern scheint systematischeren Einfluss auf die Zustimmung zu Reformalternativen mit eher niedrigem bis moderatem Schonvermögen zu haben. Ein möglicher Grund könnte in den sozialen Überlegungen der Befragten liegen. Kinder erhöhen den Bedarf an finanzieller Sicherheit. Die Nicht-Berücksichtigung von Kindern beim verbleibenden Zuverdienst könnte infolgedessen die Präferenz für moderatere Schonvermögen senken.

¹⁴ In der Output-Version senken steigende Beschäftigung und steigende Zahl von Bürgergeld-Empfangenden gemeinsam die Zustimmungswahrscheinlichkeit (-3,1 Prozent). Dies ist ebenso der Fall für steigende Beschäftigung und fallende Staatsausgaben (-3,5 Prozent). Die Interaktion zwischen steigender Beschäftigung und steigender Zahl von Bürgergeld-Empfangenden lässt sich damit begründen, dass eine Reform, die zwar die Beschäftigung erhöht, durch die aber auch mehr Personen sozialleistungsberechtigt werden, als weniger attraktiv wahrgenommen wird. Die Interaktion zwischen steigender Beschäftigung und fallenden Staatsausgaben könnte so interpretiert werden, dass fallende Kosten als weniger entscheidend wahrgenommen werden, wenn eine Reform dazu führt, dass sich die Beschäftigung erhöht.

nach wie vor zu steigender Beschäftigung, steigender Partizipation von Frauen, fallender Zahl von Bürgergeld-Empfangenden und fallendem Armutsrisiko. Die geschätzte Zustimmungswahrscheinlichkeit für eine solche Reform läge unter Berücksichtigung von Interaktionseffekten nun bei 68,7 Prozent (verglichen mit 66,2 Prozent) in Tabelle 5b.

Insgesamt lässt sich aus diesen Analysen schließen, dass unsere Hauptergebnisse, zumindest qualitativ, nicht essenziell von der spezifischen Definition der Ergebnisvariable oder des statistischen Modells abhängen.

Auch mit Blick auf die relative Wichtigkeit prüfen wir, ob sich die Ergebnisse ändern, wenn alternative Definitionen der Ergebnisvariablen für die Analyse der partiellen Korrelation genutzt werden. Die Tabellen A4 und A7 fassen die Ergebnisse zusammen, wenn man statt der Variable „Zustimmung“ die Variablen „Ablehnung“ und „Input-Rating“ nutzt. Wie zu sehen ist, sind die Ergebnisse qualitativ identisch zu den Ergebnissen in Tabelle 4 und Tabelle 6.¹⁵ Daraus schließen wir, dass auch unsere Ergebnisse mit Blick auf die relative Wichtigkeit der Reformattribute robust sind, was die spezifische Wahl der Ergebnisvariable anbelangt.

Debatte vergleichsweise wenig thematisiert werden, ist die Frage, ob Arbeit sich lohnt, in der Debatte um die Grundsicherung zentral. Auch in unserem Experiment haben wir die Komplexität von Transferenzgraten auf diese Frage reduziert: „*Von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben X ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet)*“. Diese Formulierung hat möglicherweise zu einem besseren Verständnis der Bedeutung der Transferenzgrate für Arbeitsanreize geführt.

Niedrigere Transferenzgraten für Eltern mit Kindern sind das zweitwichtigste Attribut für die Bewertung. Die Heterogenitätsanalyse zeigt, dass politisch links stehende Personen und Anhänger:innen des Bedarfsprinzips Reformen mit Berücksichtigung von Kindern tendenziell positiver bewerten als politisch rechts stehende Personen und Vertreter:innen des Leistungsprinzips. Bei Letzteren ließe sich die Zustimmung zu Reformvorschlägen, die Kinder stärker berücksichtigen, möglicherweise durch geeignete Kommunikation erhöhen, beispielsweise indem man betont, dass für Bürgergeldempfänger:innen mit Kindern aus Effizienzgründen niedrigere Transferenzgraten gelten sollten, da diese in der Regel eine höhere Arbeitsangebotselastizität aufweisen.

Reformen mit einem höheren Schonvermögen werden besser bewertet als Reformen ohne Schonvermögen. Allerdings deutet das Schrumpfen der Regressionskoeffizienten für dieses Attribut ab einem Wert von 15.000 Euro darauf hin, dass das Schonvermögen auch wiederum nicht zu hoch sein sollte. Dabei ist zu beachten, dass die Höhe des Schonvermögens von 15.000 Euro in etwa dem derzeitigen Status quo entspricht.

Leistungskürzungen im Fall von Pflichtverletzungen wirken sich (im Vergleich zu keinen Kürzungen) positiv auf die Bewertung der Reformalternativen aus. Dieser Effekt verstärkt sich mit steigendem Haushaltseinkommen und Bildungsniveau der Befragten. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Haushalte mit höherem Einkommen die stärkere Belastung durch das progressive Steuersystem antizipieren.

Schließlich deuten unsere Ergebnisse darauf hin, dass das Attribut „Zusammenlegung von Sozialleistungen“ bei der Bewertung der Reformvorschläge keine Rolle spielt. Allerdings ist bei der Interpretation dieses Resultats zu berücksichtigen, dass Wohngeld und Kinderzuschlag keine allgemein bekannten Sozialleistungen sind. Eine ausführlichere Erläuterung möglicher Effizienzgewinne, insbesondere warum eine Zusammenlegung des Bürgergeldes mit diesen beiden Sozialleistungen zu einer Vereinfachung des Systems und zu Bürokratieabbau führen könnte, hätte möglicherweise zu einer positiven Bewertung des Attributs geführt.

7 Reformakzeptanz stärken durch bessere Ausgestaltung des Bürgergeldes und Politikkommunikation

Wir haben untersucht, wie die Bevölkerung verschiedene Elemente des Bürgergeldsystems bewertet. Dabei unterscheiden wir zwischen institutionellen Regelungen (Inputs) und Reformwirkungen (Outputs). In der Input-Version unseres Vignettenexperiments wird deutlich, dass niedrigere Transferenzgraten in allen Bevölkerungsgruppen signifikant zur positiven Bewertung von Reformvorschlägen beitragen. Tatsächlich zeigt unsere Analyse, dass Transferenzgraten von allen Reformelementen die stärkste Bedeutung für die Zustimmung zu Reformvorschlägen haben. Obgleich Transferenzgraten in der öffentlichen

¹⁵ Betrachtet man in Tabelle A7 die partielle Korrelation mit der Variable „Ablehnung“, so ist zu sehen, dass das Attribut Beschäftigung an relativer Wichtigkeit verliert. Der absolute Wert der partiellen Korrelation liegt hier leicht unterhalb des absoluten Wertes für die Zahl der Bürgergeld-Empfangenden. Qualitativ ergeben sich aber ansonsten keine Änderungen. So wird zum Beispiel die relative Wichtigkeit des Armutsrisikos immer noch deutlich am höchsten und die relative Wichtigkeit der Staatsausgaben immer noch am niedrigsten geschätzt.

In der Output-Version des Vignettenexperiments zeigt sich, dass die Reduktion des Armutsrisikos die wichtigste Eigenschaft für positiv bewertete Reformvorschläge ist, gefolgt von der Erwerbsbeteiligung von Frauen, der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und den Kosten, die sich für den Staatshaushalt ergeben.

Interessant ist, dass ein Anstieg der Zahl der Bürgergeldempfänger:innen die Zustimmung zu Reformvorschlägen tendenziell senkt. Angesichts dessen wäre es vermutlich wichtig, in der Kommunikation der erwarteten Effekte eines Reformvorschlags zu betonen, was ein solcher Anstieg in diesem Fall bedeutet und woher er kommt – zum Beispiel, dass die Gesellschaft damit nicht „ärmer“ wird, sondern dass durch geringere Transferenzugsraten mehr Menschen Unterstützung erhalten beziehungsweise erst bei höherem Einkommen aus dem Bezug herausfallen. Außerdem könnte eine Betonung der langfristig zu erwartenden Effekte (höhere Arbeitsanreize, bessere und schnellere Reintegration in den (Vollzeit-)Arbeitsmarkt) helfen, die Zustimmung zu jenen Reformvorschlägen zu erhöhen, die (kurzfristig) einen Anstieg der Zahl der Bürgergeldempfänger:innen bedeuten.

Zusammenfassend zeigt unsere Analyse, wie eine Reform des derzeitigen Bürgergeldsystems die Zustimmung in der Bevölkerung erhöhen könnte. Die in der Wachstumsinitiative der Bundesregierung vorgesehenen Änderungen würden die Zustimmung in der Bevölkerung erhöhen. Allgemein sind es vor allem niedrigere Transferenzugsraten und eine stärkere Berücksichtigung von Kindern bei den Zuverdienstmöglichkeiten der Leistungsbezieher:innen, die eine breitere Akzeptanz bewirken könnten.

Ethikprüfung: Ethikkommission, Volkswirtschaftliche Fakultät, Ludwig-Maximilians-Universität München, Projekt 2023-11

Literaturverzeichnis

- Abraham, M., M. Rottmann und G. Stephan (2023), Justice perceptions of sanctions for unemployed welfare recipients, *Social Science Research* 110, 102839.
- Akerlof, G.A. und J.L. Yellen (1990), The fair wage-effort hypothesis and unemployment, *Quarterly Journal of Economics* 105(2), S. 255–83.
- Bargain, O., K. Orsini und A. Peichl (2014), Comparing labor supply elasticities in Europe and the United States: New results, *Journal of Human Resources* 49(3), S. 723–838.
- Bechtel, M.M. und K.F. Scheve (2013), Mass support for global climate agreements depends on institutional design, *Proceedings of the National Academy of Sciences* 110(34), S. 13763–68.
- Berg, G.J. van den, A. Uhendorff und J. Wolff (2022), The impact of sanctions for young welfare recipients on transitions to work and wages, and on dropping out, *Economica* 89(353), S. 1–28.

- Bertrand, M. und S. Mullainathan (2001), Do people mean what they say? Implications for subjective survey data, *American Economic Review* 91(2), S. 67–72.
- Blömer, M. (2023), Essays on Minimum Wages, Labour Supply and Public Finances, Dissertation, online verfügbar unter <https://edoc.hu-berlin.de/server/api/core/bitstreams/9ab88523-b2a9-4d93-8027-e906921eb4bf/content>.
- Blömer, M. und A. Peichl (2020), The ifo tax and transfer behavioral microsimulation model, *ifo Working Paper* 335.
- Blömer, M., C. Fuest und A. Peichl (2019), Raus aus der Niedrig-einkommensfalle(!) – der ifo-Vorschlag zur Reform des Grundsicherungssystems, *Ifo Schnelldienst* 72(4), S. 34–43.
- Blömer, M., C. Fuest und A. Peichl (2022), Aus Hartz IV wird Bürgergeld – nur alter Wein in neuen Schläuchen?, *Wirtschaftsdienst* 102(2), S. 78–81.
- Blömer, M., E. Hansen und A. Peichl (2024), Die Ausgestaltung des Transferenzugs in der Interdependenz mit dem Bürgergeld, der Kindergrundsicherung und dem Wohngeld, *ifo Forschungsbericht* 145.
- Blömer, M. et al. (2022), Von Hartz IV zum Bürgergeld – mehr als ein neuer Name?, *Wirtschaftsdienst* 102(2), S. 77–103.
- Blömer, M. et al. (2024), „Lohnt“ sich Arbeit noch? Lohnabstand und Arbeitsanreize im Jahr 2024, *ifo Schnelldienst* 77(1), S. 35–38.
- Bonner, S.E. und G.B. Sprinkle (2002), Die Auswirkungen monetärer Anreize auf Anstrengung und Aufgabenleistung: Theorien, Belege und ein Rahmen für die Forschung, *Rechnungswesen, Organisationen und Gesellschaft* 27(4–5), S. 303–45.
- Boone, J., A. Sadrieh und J.C. van Ours (2009), Experiments on unemployment benefit sanctions and job search behavior, *European Economic Review* 53(8), S. 937–51.
- Bruckmeier, K. und S. Becker (2018), *Auswirkung des gesetzlichen Mindestlohns auf die Armutgefährdung und die Lage von erwerbstätigen Arbeitslosengeld II-Bezieherinnen und -beziehern*, Studie im Auftrag der Mindestlohnkommission, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
- Bruckmeier, K., J. Mühlhan und A. Peichl (2018), Mehr Arbeitsanreize für einkommensschwache Familien schaffen, *ifo Schnelldienst* 71(3), S. 25–28.
- Bruckmeier, K., J. Mühlhan und J. Wiemers (2018), Erwerbstätige im unteren Einkommensbereich stärken: Ansätze zur Reform von Arbeitslosengeld II, Wohngeld und Kinderzuschlag, *IAB Forschungsbericht* 9/2018.
- Bundesverfassungsgericht. (2019), Urteil vom 5. November 2019 – I BvL 7/16, online verfügbar unter https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2019/11/ls20191105_1bvl000716.html.
- Buss, C. (2019), Public opinion towards targeted labour market policies: A vignette study on the perceived deservingness of the unemployed, *Journal of European Social Policy* 29(2), S. 228–40.
- Chetty, R. et al. (2011), Are micro and macro labor supply elasticities consistent? A review of evidence on the intensive and extensive margins, *American Economic Review* 101(3), S. 471–75.
- Dörrenberg, P. und D. Duncan (2014), Experimental evidence on the relationship between tax evasion opportunities and labor supply, *European Economic Review* 68(C), S. 48–70.
- Dörrenberg, P., D. Duncan und M. Löffler (2023), Asymmetric labor-supply responses to wage changes: Experimental evidence from an online labor market, *Labour Economics* 81, 102305.
- Fochmann, M. et al. (2013), Net wage illusion in a real-effort experiment, *Scandinavian Journal of Economics* 115(2), S. 476–84.

- Haaland, I., C. Roth und J. Wohlfahrt (2023), Designing information provision experiments, *Journal of Economic Literature* 61(1), S. 3–40.
- Hainmüller, J., D. Hangartner und T. Yamamoto (2015), Validating vignette and conjoint survey experiments against real-world behavior, *Proceedings of the National Academy of Sciences* 112(8), S. 2395–400.
- Horiuchi, Y., Z. Markovich und T. Yamamoto (2022), Does conjoint analysis mitigate social desirability bias?, *Political Analysis* 30(4), S. 535–49.
- Immervoll, H. und M. Pearson (2009), A good time for making work pay? Taking stock of in-work benefits and related measures across the OECD, *IZA Policy Paper* 3/2009.
- Jensen, R. (2012), Do labor market opportunities affect young women's work and family decisions? Experimental evidence from India, *Quarterly Journal of Economics* 127(2), S. 753–92.
- Kleven, H. (2024), The EITC and the extensive margin: A reappraisal, *Journal of Public Economics* 236, 105135.
- Maestas, N. et al. (2023), The value of working conditions in the United States and implications for the structure of wages, *American Economic Review* 113(7), S. 2007–47.
- Moffitt, R.A. (2002), Welfare programs and labor supply, in: A.J. Auerbach und M. Feldstein (Hrsg.), *Handbook of Public Economics*, Bd. 4, S. 2393–430.
- Moffitt, R.A. und M.V. Zahn (2022), The marginal labor supply disincentives of welfare: Evidence from administrative barriers to participation, *IZA Discussion Paper* 15046.
- Monnot, M.J. (2018), The effect of incentives on intrinsic motivation and employee attitudes: A multilevel study across nations and cultural clusters, *Thunderbird International Business Review* 60(4), S. 675–89.
- Nierhaus, W. (1987), *Umverteilung in der Bundesrepublik Deutschland: Das Zusammenwirken von Steuern und Sozialtransfers*, Band 2, Modell-analyse des gegenwärtigen Systems, München, ifo Institut für Wirtschaftsforschung.
- Oorschot, W. van et al. (Hrsg.) (2017), *The Social Legitimacy of Targeted Welfare: Attitudes to Welfare Deservingness*, Cheltenham, Edward Elgar.
- Peichl, A. et al. (2023), Zur Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize, *Forschungsbericht* 629, Bundesministerium für Arbeit.
- Senghaas, M. et al. (2022), Fairness perceptions regarding in-work benefits: A survey experiment, *International Journal of Sociology and Social Policy* 42(13/14), S. 30–49.
- Sinn, H.W. et al. (2002), Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum, *ifo Schnelldienst* 55(9), S. 3–52.
- Thévenon, O. (2013), Drivers of female labour force participation in the OECD, *OECD Social, Employment, and Migration Working Papers* 145.
- Wallander, L. (2009), 25 years of factorial surveys in sociology: A review, *Social Science Research* 38(3), S. 505–20.
- Walwei, U. et al. (2019), Hartz IV – Reform einer umstrittenen politischen Maßnahme?, *Wirtschaftsdienst* 99(4), S. 235–55.
- Winkler, A.E. (2022), Women's labor force participation, *IZA World of Labor* 289v2.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen (2023), *Reform der Grundsicherung*, Stellungnahme 05/2023 vom 7. September.
- Wittmaack, C. (2023), „Hartz IV“ im Spiegel der Öffentlichkeit – Öffentliche Meinung als Erklärungsfaktor für die Stabilität der sozialen Sicherung von Arbeitslosen in der Ära Merkel, *Sozialer Fortschritt* (7–8), 653–70.
- Wolf, M. (2024), Ex-ante-Effekte von Sanktionen in der Grundsicherung: Bereits die Möglichkeit einer Sanktionierung zeigt Wirkung, *IAB-Kurzbericht* 15/2024.

Anhang

Anhang A1

Fragebogen im Wortlaut (mit Programmieranweisungen)

Legend:

Rot = Programmieranweisungen

+++++BLOCK 0: Willkommensseite

Herzlich willkommen! Diese Umfrage wurde von einer Gruppe unabhängiger Forscherinnen und Forscher des ifo Instituts erstellt und dient rein wissenschaftlichen Zwecken. In der Umfrage geht es um Ihre Einstellung zu möglichen Reformen des Bürgergeldes und um Ihre Arbeitssituation.

Es ist wichtig für die Qualität der Studie, dass Sie die Fragen sehr sorgfältig lesen und dass Sie ehrlich antworten. Für die Qualität der Studie ist auch wichtig, dass Sie den ganzen Fragebogen ausfüllen, nachdem Sie die Umfrage begonnen haben. Diese Umfrage sollte in etwa 10 Minuten dauern.

Bitte beachten Sie: Ihre Teilnahme an dieser Studie ist vollkommen freiwillig. Wir erhalten Ihre Antworten nur in anonymisierter Form. Diese anonymisierten Daten werden sicher gespeichert und nur zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet. Wenn Sie Fragen haben, kontaktieren Sie uns bitte unter SurveySMI@ifo.de.

[nur eine Antwort erlaubt]

- Ja, ich möchte an dieser Umfrage teilnehmen.
- Nein, ich möchte an dieser Umfrage nicht teilnehmen. [\[ausfiltern\]](#)

+++++BLOCK 1: Filterfragen

1. Geben Sie bitte Ihr Alter an. [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl]
[Befragte ausfiltern falls Alter < 18]
2. Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an. [nur eine Antwort erlaubt]
Weiblich, Männlich, Divers, Keine Antwort [randomisiere die Reihenfolge der ersten beiden Antwortoptionen]
3. In welchem Bundesland leben Sie? [nur eine Antwort erlaubt, Drop-down-Liste der deutschen Bundesländer]
4. Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie? [nur eine Antwort erlaubt]
 - a) (noch) ohne Abschluss
 - b) Volks-/Hauptschule ohne abgeschlossene Berufsausbildung
 - c) Volks-/Hauptschule mit abgeschlossener Berufsausbildung
 - d) Mittlere Reife (höhere Schule ohne Abitur)
 - e) Abitur, Hochschulreife ohne abgeschlossene (Fach)Hochschule
 - f) Abgeschlossenes (Fach-)Hochschulstudium
- 5.
- 5.1 Bitte geben Sie Ihre momentane berufliche Situation an.
Wenn Sie mehr als eine berufliche Tätigkeit ausüben, beantworten Sie die folgenden Fragen bitte für Ihre derzeitige berufliche Haupttätigkeit. [nur eine Antwort erlaubt]
 - a) Ich bin selbstständig.
 - b) Ich bin angestellt.
 - c) Ich bin arbeitslos (aber arbeitssuchend).
 - d) Ich bin im Ruhestand.
 - e) Ich gehe zur Schule, studiere oder bin in Ausbildung.
 - f) Sonstiges (Mutterschutz, Elternzeit, Pflegezeit, Hausmann/frau, ...)

[Frage 5.2 zeigen falls 5.1 = b]

- 5.2 Wie viele Stunden pro Woche sind in Ihrem Arbeitsvertrag festgelegt (ohne Überstunden)? *Bitte geben Sie die Stundenzahl (ganze Zahl) an, die Ihrer vertraglich festgelegten Arbeitszeit am nächsten kommt.*
 [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl (inkl. 0)]
 keine vertragliche Arbeitszeit vereinbart

[Frage 5.3 zeigen falls 5.1 = a, b]

- 5.3 Wie viele Stunden arbeiten Sie normalerweise durchschnittlich pro Woche (einschließlich eventueller Überstunden)?
Bitte geben Sie die Stundenzahl (ganze Zahl) an, die Ihrer tatsächlichen Arbeitszeit am nächsten kommt.
 [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl (inkl. 0)]

[Frage 6 Logik: Diese Frage überprüft die Aufmerksamkeit der Befragten und dient als zusätzliche Filterfrage. Befragte, die nicht die Zahl "5" eingeben, werden ausgefiltert.]

6. Was ist Ihre Lieblingszahl?
Achtung: Das folgende Eingabefeld dient lediglich zur Überprüfung Ihrer Aufmerksamkeit. Geben Sie bitte unabhängig von Ihrer wahren Antwort die Zahl «5» ein.
 [Offenes Textfeld – ganze Zahl]
 [Befragte ausfiltern falls eingegebene Zahl ungleich 5]

7. [Frage 7: nur zeigen falls Q5.1 =a, b]

- 7.1 Bitte geben Sie an, wie hoch Ihr persönliches Netto-Arbeitseinkommen pro Monat ist. Das ist Ihr Verdienst nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. Falls nicht genau bekannt, bitte schätzen Sie den Betrag bestmöglich.
- a) [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl (inkl. 0)] Euro pro Monat
 - b) keine Angabe

[Frage 7.2: nur zeigen falls 7.1 = b]

7.2 Sie haben keine Angabe zu Ihrem Netto-Arbeitseinkommen pro Monat gemacht. Können Sie Ihr ungefähres Netto-Arbeitseinkommen pro Monat mit Hilfe der unten stehenden Einkommenskategorien angeben? Zur Erinnerung: Das Netto-Arbeitseinkommen ist Ihr Verdienst nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen. [nur eine Antwort erlaubt]

- a) weniger als 520 Euro im Monat
- b) 520 bis unter 1000 Euro im Monat
- c) 1000 bis unter 2000 Euro im Monat
- d) 2000 bis unter 3000 Euro im Monat
- e) 3000 bis unter 4000 Euro im Monat
- f) 4000 bis unter 5000 Euro im Monat
- g) 5000 bis unter 6000 Euro im Monat
- h) 6000 bis unter 7000 Euro im Monat
- i) 7000 bis unter 8000 Euro im Monat
- j) 8000 Euro oder mehr im Monat
- k) keine Angabe

8.

8.1 Beziehen Sie aktuell Arbeitslosengeld (Arbeitslosengeld 1 bzw. ALG 1)? [nur eine Antwort erlaubt]

- a) ja
- b) nein

8.2 Beziehen Sie aktuell eine einkommensabhängige staatliche Unterstützungsleistung? Darunter versteht man z. B. Bürgergeld (früher „Arbeitslosengeld 2“ bzw. „Hartz 4“), Kinderzuschlag oder Wohngeld. [nur eine Antwort erlaubt]

- a) ja
- b) nein

9. Geben Sie bitte an, wie viele Personen (Sie selbst eingeschlossen) in Ihrem Haushalt leben:

9.1 Erwachsene (18 Jahre und älter): ____ [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl, 2-stellig]
[Fehlermeldung zeigen falls eingegebene Zahl <1]

9.2 Kinder und Jugendliche (0–17 Jahre alt): ____ [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl (inkl. 0), 2-stellig]

10. Wie hoch ist das Netto-Einkommen in Ihrem Haushalt pro Monat?

Das ist das Einkommen, das Ihnen und möglichen weiteren Haushaltsgliedern unter Berücksichtigung aller Steuern, Abgaben und Transfers zur Verfügung steht. Denken Sie dabei bitte an die Summe der Einkommen aus Löhnen/Gehältern, Renten/Pensionen, Sozial- und Familienleistungen, regelmäßigen Überweisungen von anderen Personen, sowie aus anderen Quellen. [nur eine Antwort erlaubt]

- a) Bis unter 2.000 Euro im Monat
- b) 2.000 Euro bis unter 3.000 Euro im Monat
- c) 3.000 Euro bis unter 4.000 Euro im Monat
- d) 4.000 Euro bis unter 5.000 Euro im Monat
- e) 5.000 Euro bis unter 6.000 Euro im Monat
- f) 6.000 Euro bis unter 7.000 Euro im Monat
- g) 7.000 Euro bis unter 8.000 Euro im Monat
- h) 8.000 Euro bis unter 9.000 Euro im Monat
- i) 9.000 Euro bis unter 10.000 Euro im Monat
- j) 10.000 Euro und mehr im Monat
- k) weiß nicht/keine Angabe

++++BLOCK 2: Akzeptanz von Reformschritten

Randomisierte Einteilung in zwei gleich große Gruppen:

Gruppe 1: „Akzeptanz Inputs“

Gruppe 2: „Akzeptanz Outputs“

[falls Gruppe = „Akzeptanz Inputs“]

In Deutschland wird diskutiert, ob die Grundsicherung für Arbeitssuchende, seit 2023 „Bürgergeld“ genannt (früher „Arbeitslosengeld 2“ bzw. „Hartz 4“), weiterentwickelt werden soll.

Bürgergeld erhält, wer erwerbsfähig ist und den Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen decken kann. Bevor jemand Bürgergeld beziehen kann, muss er oder sie das eigene Vermögen zur Deckung des Lebensunterhalts einsetzen. Ausgenommen ist ein sogenanntes Schonvermögen. Wer Bürgergeld bezieht, darf in bestimmtem Ausmaß einen Job ausüben (Zuverdienst). Da der Zuverdienst als Übergang in eine reguläre Beschäftigung gedacht ist, wird ein Teil dieses Einkommens vom Bürgergeld abgezogen.

Wir würden gerne wissen, was Ihnen bei der Weiterentwicklung wichtig wäre. Wir werden Ihnen im Folgenden mehrere Beispiele zeigen, wie die Weiterentwicklungen des Bürgergeldes aussehen könnten. Wir zeigen Ihnen immer zwei mögliche Ausgestaltungen im Vergleich und fragen Sie, ob Sie jeweils für oder gegen die Einführung der jeweiligen Alternative sind. Es gibt keine richtigen oder falschen Antworten. Insgesamt zeigen wir Ihnen 5 solcher Vergleiche.

[neue Seite]

Die untenstehende Tabelle zeigt die verschiedenen möglichen Eigenschaften, in denen sich die Weiterentwicklungen des Bürgergeldes unterscheiden können. Bitte schauen Sie sich diese sorgfältig an. Auf den nächsten Seiten zeigen wir Ihnen jeweils zwei Alternativen, die sich in diesen Eigenschaften unterscheiden. Bitte gehen Sie davon aus, dass die zwei Alternativen ansonsten identisch sind.

[Randomisierung der Reihenfolge der Attribute (Zeilen) zwischen den Befragten, aber fixe Reihenfolge pro Individuum, sowohl hier als auch bei den 5 Entscheidungssituationen unten]

Eigenschaften

verbleibender Zuverdienst bei der Aufnahme/Ausweitung von Arbeit	beschreibt, wie viel Cent Bürgergeldempfänger*innen von einem zusätzlich verdienten Euro behalten dürfen
Berücksichtigung von Kindern bei verbleibendem Zuverdienst	beschreibt, ob Bürgergeldempfänger*innen mit versorgungspflichtigen Kindern mehr vom Zuverdienst behalten können als kinderlose Personen
Schonvermögen	beschreibt, wie hoch das Vermögen ist, das Bürgergeldempfänger*innen haben dürfen
Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen	beschreibt, wie stark das Bürgergeld gekürzt wird, wenn jemand die Pflichten aus dem Bürgergeldbezug verletzt
Zusammenlegung von Sozialleistungen	beschreibt, ob aus Gründen der Vereinfachung und des Bürokratieabbaus das Bürgergeld mit anderen Sozialleistungen (wie z. B. Wohngeld oder Kinderzuschlag) zusammengelegt werden soll

[neue Seite]

1. Nachstehend sehen Sie nun die Tabelle mit den beiden Alternativen. Anschließend bitten wir Sie um Ihre Bewertung. Bitte klicken Sie hier [Hyperlink zu vorheriger Seite, bitte eine Variable generieren, die anzeigt, wie oft Befragte hier klicken], wenn Sie die genaue Erklärung nochmals lesen möchten.

[Randomisierung der Reihenfolge der Attribute (Zeilen) zwischen den Befragten, aber fixe Reihenfolge pro Individuum (und zwar die gleiche wie bei der Erläuterung der Entscheidungssituation oben)]

Beispiel:

Eigenschaften	Alternative 1	Alternative 2
verbleibender Zuverdienst bei der Aufnahme/Ausweitung von Arbeit *	Empfänger*in bleiben 20ct von 1 verdienten Euro nein	Empfänger*in bleiben 40ct von 1 verdienten Euro ja
Berücksichtigung von Kindern bei verbleibendem Zuverdienst **		
Schonvermögen ***	40.000 €	20.000 €
Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen ****	Kürzung des Bürgergeldes um 10 %	Kürzung des Bürgergeldes um 30 %

Eigenschaften	Alternative 1	Alternative 2
Zusammenlegung von Sozialleistungen *****	ja	nein

[Beim Darüberfahren mit der Maus anzeigen:

* „Wie viel Cent bleiben von 1€ übrig?“

** „Sollen Bürgergeldempfänger*innen mit versorgungspflichtigen Kindern mehr vom Zuverdienst behalten können als kinderlose Personen?“

*** „Vermögen, das Bürgergeldempfänger*innen haben dürfen.“

**** „Bürgergeld-Kürzung bei Pflichtverletzung“

***** „Zusammenlegung mit Wohngeld und Kinderzuschlag“]

Sind Sie für oder gegen die Einführung der jeweiligen Alternativen? Bitte geben Sie Ihre Antwort auf der folgenden Skala an, die von „definitiv dagegen“ (−5) bis „definitiv dafür“ (+5) reicht.

	definitiv dagegen	definitiv dafür
Alternative 1	−5 0 0 0 0 0 0 0 0 0	+5 [nur eine Antwort erlaubt, Skala von −5 bis 5]
Alternative 2	−5 0 0 0 0 0 0 0 0 0	+5 [nur eine Antwort erlaubt, Skala von −5 bis 5]

Ausprägungen der Attribute: Untenstehendes wird nicht gezeigt

Eigenschaften	Werte
verbleibender Zuverdienst bei der Aufnahme/Ausweitung von Arbeit	„0 Euro (der gesamte Zuverdienst wird mit dem Bürgergeld verrechnet)“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 10 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet)“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 20 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet)“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 30 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet)“, „von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben 40 ct übrig (der Rest wird mit dem Bürgergeld verrechnet)“
Berücksichtigung von Kindern bei verbleibendem Zuverdienst	ja, nein
Schonvermögen	0 €, 7.500 €, 15.000 €, 30.000 €, 60.000 €
Leistungskürzungen bei Pflichtverletzungen	keine Kürzung, 10 % des Bürgergeldes, 20 % des Bürgergeldes, 30 % des Bürgergeldes
Zusammenlegung von Sozialleistungen	ja, nein

[falls Gruppe = „Akzeptanz Outputs“]

In Deutschland wird diskutiert, ob die Grundsicherung für Arbeitssuchende, seit 2023 „Bürgergeld“ genannt (früher „Arbeitslosengeld 2“ bzw. „Hartz 4“), weiterentwickelt werden soll.

Bürgergeld erhält, wer erwerbsfähig ist und den Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen decken kann. Je nach Ausgestaltung ist es mehr oder weniger attraktiv, eine reguläre (sozialversicherungspflichtige) Beschäftigung aufzunehmen. Die Ausgestaltung beeinflusst auch, wie viele Frauen einer regulären Beschäftigung nachgehen. Sie hat auch einen Einfluss darauf, wie viele Bürgergeldempfänger*innen es gibt und wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der armutsgefährdet ist. Zudem wirkt sich die Ausgestaltung auf die Ausgaben aus, die der Staat zur Bezahlung der Bürgergeldleistungen erbringen muss.

Wir würden gerne wissen, was Ihnen bei der Weiterentwicklung wichtig wäre. Wir werden Ihnen im Folgenden mehrere Beispiele zeigen, wie die Auswirkungen der Weiterentwicklungen des Bürgergeldes aussehen könnten. Wir zeigen Ihnen immer zwei mögliche Ausgestaltungen im Vergleich und fragen Sie, ob Sie jeweils für oder gegen die Einführung der jeweiligen Alternative sind. Es gibt keine richtigen oder falschen Antworten. Insgesamt zeigen wir Ihnen 5 solche Vergleiche.

[neue Seite]

Die untenstehende Tabelle zeigt die verschiedenen möglichen Eigenschaften, in denen sich die Weiterentwicklungen des Bürgergeldes unterscheiden können. Bitte schauen Sie sich diese sorgfältig an. Auf den nächsten Seiten zeigen wir Ihnen jeweils zwei Alternativen, die sich in diesen Eigenschaften unterscheiden. Bitte gehen Sie davon aus, dass die zwei Alternativen ansonsten identisch sind.

[Randomisierung der Reihenfolge der Attribute (Zeilen) zwischen den Befragten, aber fixe Reihenfolge pro Individuum, sowohl hier als auch bei den 5 Entscheidungssituationen unten]

Eigenschaften	
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Das sind alle nicht geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer*innen (monatliches Einkommen über 520 Euro).
Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt	Zahl der Frauen, die einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen.
Zahl der Bürgergeldempfänger*innen	Zahl der Personen, die Anspruch auf Bürgergeld haben. Das sind zum Beispiel Personen, die arbeitslos sind oder so wenig verdienen, dass sie den Lebensunterhalt nicht selbst finanzieren können.
armutsgefährdete Bevölkerung	Anteil der Bevölkerung, der armutsgefährdet ist. Einer armutsgefährdeten Person stehen dauerhaft weniger als 60 Prozent des mittleren Netto-Einkommens (der Bürger*innen in Deutschland) zur Verfügung.
Staatsausgaben für das Bürgergeld pro Jahr	Ausgaben des Staates zur Finanzierung der Leistungen aus dem Bürgergeld

[neue Seite]

1. Nachstehend sehen Sie nun die Tabelle mit den beiden Alternativen. Anschließend bitten wir Sie um Ihre Bewertung. Bitte klicken Sie hier [Hyperlink zu vorheriger Seite], bitte eine Variable generieren, die anzeigt, wie oft Befragte hier anklicken], wenn Sie die genaue Erklärung nochmals lesen möchten.

[Randomisierung der Reihenfolge der Attribute (Zeilen) zwischen den Befragten, aber fixe Reihenfolge pro Individuum (und zwar die gleiche wie bei der Erläuterung der Entscheidungssituation oben)]

Beispiel:

Eigenschaften	Alternative 1	Alternative 2
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung *	steigt	bleibt etwa gleich
Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt **	fällt	steigt
Zahl der Bürgergeldempfänger*innen ***	bleibt etwa gleich	fällt
armutsgefährdete Bevölkerung ****	steigt	bleibt etwa gleich
Staatsausgaben pro Jahr *****	steigen	fallen

[Beim Darüberfahren mit der Maus anzeigen:

* „In der Regel sind alle Beschäftigungen sozialversicherungspflichtig, bei denen das monatliche Einkommen über einer Grenze von 520 Euro liegt.“

** „Frauen, die einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen.“

*** „Anspruch auf Bürgergeld haben alle, die erwerbsfähig und hilfebedürftig sind.“

**** „Anteil der Bevölkerung, der armutsgefährdet ist.“

***** „Alle von der öffentlichen Hand getätigten Ausgaben“]

Sind Sie für oder gegen die Einführung der jeweiligen Alternativen? Bitte geben Sie Ihre Antwort auf der folgenden Skala an, die von „definitiv dagegen“ (-5) bis „definitiv dafür“ (+5) reicht.

	definitiv dagegen	definitiv dafür	
Alternative 1	-5 0 0 0 0 0 0 0 0 0	+5 [nur eine Antwort erlaubt, Skala von -5 bis 5]	
Alternative 2	-5 0 0 0 0 0 0 0 0 0	+5 [nur eine Antwort erlaubt, Skala von -5 bis 5]	

Ausprägungen der Attribute: Untenstehendes wird nicht gezeigt

Eigenschaften	Werte
sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	steigt, bleibt etwa gleich, fällt
Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt	steigt, bleibt etwa gleich, fällt
Zahl der Bürgergeldempfänger*innen	steigt, bleibt etwa gleich, fällt
armutsgefährdete Bevölkerung	steigt, bleibt etwa gleich, fällt
Staatsausgaben pro Jahr	steigen, bleiben etwa gleich, fallen

+++BLOCK 3: Fragen für die Heterogenitätsanalyse

Randomisiere die Reihenfolge aller Fragen innerhalb dieses Blocks, mit Ausnahme der letzten Frage (Frage Nr. 14 soll immer am Ende stehen). Jede Frage wird auf einer separaten Seite gezeigt.

- 1) Auf einer Skala von -5 bis +5, inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
Der Staat sollte möglichst wenig in die Wirtschaft eingreifen.
stimme gar nicht zu -5 o o o o o o o o o +5 stimme voll zu [Skala von -5 bis +5, Label -5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 2) Auf einer Skala von -5 bis +5, inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
Es liegt in der Verantwortung der Regierung, die Einkommensunterschiede zwischen Personen mit hohem Einkommen und Personen mit niedrigem Einkommen zu reduzieren.
stimme gar nicht zu -5 o o o o o o o o o +5 stimme voll zu [Skala von -5 bis +5, Label: -5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 3) In der Politik wird manchmal von „links“ und „rechts“ gesprochen. Wo würden Sie sich selbst auf der folgenden Skala einordnen, auf der -5 „sehr links“ und +5 „sehr rechts“ bedeutet? Vielen Dank für die Teilnahme an dieser Umfrage. Für unsere Forschung ist es wichtig, dass wir Ihre Antworten aus dieser Umfrage mit zusätzlichen Registerdaten zusammenführen können. Dafür benötigen wir Ihre Zustimmung per Klick.
sehr links = -5 o o o o o o o o o +5 = sehr rechts [Skala von 0 bis 10, Label -5 (sehr links) – +5 (sehr rechts)]
- 4) Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?
[nur eine Antwort erlaubt][randomisiere die Reihenfolge aller Antwortoptionen, mit Ausnahme von Antwortoptionen 7, 8 und 9 (sollen immer am Ende stehen, in dieser Reihenfolge).]
 - 1 CDU/CSU
 - 2 SPD
 - 3 AfD
 - 4 FDP
 - 5 DIE LINKE
 - 6 Bündnis 90 / GRÜNE
 - 7 sonstige Partei
 - 8 Ich gehe nicht wählen.
 - 9 Das möchte ich nicht angeben.
- 5) Auf einer Skala von -5 bis +5, wie sehr vertrauen Sie Politikerinnen und Politikern im Allgemeinen?
kein Vertrauen = -5 o o o o o o o o o +5 = volles Vertrauen [Skala von -5 bis +5, Label -5= kein Vertrauen; +5= volles Vertrauen]
- 6) Auf einer Skala von -5 bis +5, wie sehr vertrauen Sie der Bundesregierung?
kein Vertrauen = -5 o o o o o o o o o +5 = volles Vertrauen [Skala von -5 bis +5, Label -5= kein Vertrauen; +5= volles Vertrauen]
- 7) Auf einer Skala von -5 bis +5, wie sehr vertrauen Sie wissenschaftlichen Expertinnen und Experten?
kein Vertrauen = -5 o o o o o o o o o +5 = volles Vertrauen [Skala von -5 bis +5, Label -5= kein Vertrauen; +5= volles Vertrauen]
- 8) Sind Sie verheiratet oder in eingetragener Partnerschaft lebend? [nur eine Antwort erlaubt]
 - ja
 - nein
 - keine Angabe
- 9) Bitte geben Sie die PLZ Ihres Hauptwohnsitzes an. [Offenes Textfeld – positive ganze Zahl, 5-stellig]
- 10) In welchem Land wurden Sie geboren?
[Drop-down Liste aller Länder, nur eine Antwort erlaubt, Deutschland immer obenstehend in der Liste]
- 11) Wie oft schauen oder lesen Sie Nachrichten? [nur eine Antwort erlaubt]
 - mehrmals am Tag
 - täglich
 - mehrmals in der Woche
 - einmal in der Woche
 - mehrmals im Monat

- seltener als einmal im Monat
 - nie
- 12) [Randomisiere die Reihenfolge der Fragen 12.1–12.4 innerhalb von Frage 12, zeige jede Frage auf einer separaten Seite]
- 12.1 Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, wann eine Gesellschaft gerecht ist. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu? *Bitte geben Sie Ihre Einschätzung anhand einer Skala von –5 (stimme gar nicht zu) bis +5 (stimme voll zu).*
Es ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen in unserer Gesellschaft an alle Personen gleich verteilt sind.
stimme gar nicht zu = –5 o o o o o o o o o o +5 = stimme voll zu [Skala von –5 bis +5, Label –5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 12.2 Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, wann eine Gesellschaft gerecht ist. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu? *Bitte geben Sie Ihre Einschätzung anhand einer Skala von –5 (stimme gar nicht zu) bis +5 (stimme voll zu).*
Gerecht ist, wenn jede Person nur das bekommt, was sie sich durch eigene Anstrengungen erarbeitet hat.
stimme gar nicht zu = –5 o o o o o o o o o o +5 = stimme voll zu [Skala von –5 bis +5, Label –5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 12.3 Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, wann eine Gesellschaft gerecht ist. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu? *Bitte geben Sie Ihre Einschätzung anhand einer Skala von –5 (stimme gar nicht zu) bis +5 (stimme voll zu).*
Es ist gerecht, wenn Personen, die aus angesehenen Familien stammen, dadurch Vorteile im Leben haben.
stimme gar nicht zu = –5 o o o o o o o o o o +5 = stimme voll zu [Skala von –5 bis +5, Label –5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 12.4 Es gibt unterschiedliche Vorstellungen darüber, wann eine Gesellschaft gerecht ist. Wie ist Ihre persönliche Meinung dazu? *Bitte geben Sie Ihre Einschätzung anhand einer Skala von –5 (stimme gar nicht zu) bis +5 (stimme voll zu).*
Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn sie sich um die Schwachen und Hilfsbedürftigen kümmert.
stimme gar nicht zu = –5 o o o o o o o o o o +5 = stimme voll zu [Skala von –5 bis +5, Label –5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 13) Auf einer Skala von –5 bis +5, inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?
Der eigene Reichtum hängt in Deutschland stark vom Reichtum der Eltern und von glücklichen Zufällen und weniger vom persönlichen Arbeitseinsatz ab.
stimme gar nicht zu –5 o o o o o o o o o o +5 stimme voll zu [Skala von –5 bis +5, Label –5 (stimme gar nicht zu) – +5 (stimme voll zu)]
- 14) Würden Sie sagen, dass diese Umfrage politisch neutral oder aber einer politischen Richtung zugeneigt war? [nur eine Antwort erlaubt]
- sehr linkslastig
 - eher linkslastig
 - ausgewogen
 - eher rechtslastig
 - sehr rechtslastig

Ende der Umfrage

Anhang A2

Tabelle A1: Deskriptive Statistik

	Deutschland	Umfragestichprobe		
	Durchschnitt	Durchschnitt	Median	Standardabweichung
Alter	44,6	41,6	40	14,8
männlich	0,49	0,5	0	0,5
Ostdeutschland	0,15	0,17	0	0,37
Einkommen	26.274	29.978,59	27.000	16802,36
(Fach-) Hochschulabschluss	0,19	0,22	0	0,42

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt zentrale deskriptive Statistiken für unsere vollständige Stichprobe (Umfragestichprobe) sowie Durchschnittswerte für Deutschland. Die Bevölkerungswerte stammen aus Daten des Statistischen Bundesamtes. Dazu gehören Angaben zu Alter, Geschlecht, dem Anteil der Bevölkerung aus Ostdeutschland, dem jährlichen (äquivalisierten) Haushaltsnettoeinkommen sowie dem Anteil der Personen mit (Fach-)Hochschulabschluss.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Anhang A3

Tabelle A2: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformbewertung, Input-Version – Robustheit der Ergebnisse

Variablen	(1)	(2)	(3)	(4)
	Zustimmung (ohne schnellste 25 %)	Ablehnung	Input-Rating (-5 bis 5) – Ordered Logit	Zustimmung (mit paarweisen Interaktionen)
Transferenzugsrate				
(Referenzkategorie = 100 %)				
90 %	0,0346*** (0,0107)	-0,0314*** (0,0090)	0,1418*** (0,0377)	0,0066 (0,0295)
80 %	0,0633*** (0,0110)	-0,0517*** (0,0090)	0,2750*** (0,0389)	0,0562* (0,0296)
70 %	0,0786*** (0,0112)	-0,0621*** (0,0091)	0,3043*** (0,0393)	0,0395 (0,0299)
60 %	0,1100*** (0,0114)	-0,0727*** (0,0093)	0,4158*** (0,0414)	0,0750** (0,0294)
Berücksichtigung Kinder				
(Referenzkategorie = ja)				
Nein	-0,0509*** (0,0070)	0,0397*** (0,0057)	-0,2181*** (0,0249)	-0,0268 (0,0205)
Schonvermögen (Referenz- kategorie = 0 Euro)				
7.500	0,0872*** (0,0111)	-0,0721*** (0,0092)	0,3825*** (0,0392)	0,0688** (0,0289)
15.000	0,0933*** (0,0116)	-0,0796*** (0,0096)	0,3857*** (0,0417)	0,0992*** (0,0289)
30.000	0,0858*** (0,0121)	-0,0852*** (0,0099)	0,3989*** (0,0434)	0,0705** (0,0290)
60.000	0,0665*** (0,0129)	-0,0470*** (0,0107)	0,2808*** (0,0488)	0,0827*** (0,0298)
Leistungskürzungen				
(Referenzkategorie = keine)				

Tabelle A2: (fortgesetzt)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Variablen	Zustimmung (ohne schnellste 25 %)	Ablehnung	Input-Rating (-5 bis 5) – Ordered Logit	Zustimmung (mit paarweisen Interaktionen)
10 % des Bürgergeldes	0,0686*** (0,0104)	-0,0548*** (0,0085)	0,2651*** (0,0363)	0,0661** (0,0279)
20 % des Bürgergeldes	0,0680*** (0,0106)	-0,0512*** (0,0087)	0,2532*** (0,0380)	0,0685** (0,0273)
30 % des Bürgergeldes	0,0691*** (0,0112)	-0,0509*** (0,0090)	0,2867*** (0,0403)	0,0326 (0,0275)
Zusammenlegung Sozial- leistungen (Referenz- kategorie = ja)				
nein	-0,0131* (0,0070)	0,0067 (0,0056)	-0,0497** (0,0239)	-0,0331 (0,0206)
Konstante	0,3326*** (0,0131)	0,4605*** (0,0108)		0,3580*** (0,0261)
Beobachtungen	21.100	27.920	27.920	27.920
(Pseudo-)R-Quadrat	0,317	0,325	0,103	0,326

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt die Ergebnisse mehrerer alternativer Spezifikationen zur Schätzung des Effekts einzelner Attributsausprägungen auf die Zustimmungswahrscheinlichkeit für verschiedene Reformalternativen in der Input-Gruppe. In Spalte (1) sind die Resultate einer OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ (1, wenn die jeweilige Vignette strikt positiv bewertet wurde) auf eine Dummy-Matrix dargestellt, die alle Ausprägungen der einzelnen Attribute umfasst (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird). Dabei werden jene 25 Prozent der Teilnehmenden ausgeschlossen, die die Umfrage am schnellsten bearbeitet haben. Spalte (2) fasst die Ergebnisse einer OLS-Regression der Variable „Ablehnung“ (1, wenn die jeweilige Vignette strikt negativ bewertet wurde) auf dieselbe Dummy-Matrix zusammen. Spalte (3) zeigt die Ergebnisse einer ordinalen logistischen Regression für die Variable „Input-Rating“ (Bewertungen verschiedener Reformalternativen auf einer Skala von -5 = „definitiv dagegen“ bis +5 = „definitiv dafür“) auf dieselbe Dummy-Matrix mit einer jeweils ausgelassenen Referenzkategorie. In Spalte (4) finden sich schließlich die Resultate einer OLS-Regression der Variable „Zustimmung“, die zusätzlich zu allen Attributsausprägungen auch die paarweisen Interaktionsterme aller Ausprägungen berücksichtigt. Alle Spezifikationen beinhalten individuelle fixe Effekte. Standardfehler in Klammern nach Befragten geclustert, Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle A3: Zustimmungswahrscheinlichkeit zu beliebtester Reform und Status quo, Input-Version, Schätzung mit Interaktionstermen

Variablen	Status quo	beliebteste Variante
Transferentzugsrate	80 %	60 %
Berücksichtigung Kinder	Nein	Ja
Schonvermögen	15.000	15.000
Leistungskürzungen	10 %	30 %
Zusammenlegung	Nein	Ja
Zustimmung	46,2 %	62,1 %

Anmerkung: Die beliebteste Reformvariante ist jene Attributkombination mit der höchsten durchschnittlichen Zustimmungswahrscheinlichkeit. Die Attributsausprägungen für Status quo wurden wie im Text beschrieben ausgewählt. Die Zustimmungswahrscheinlichkeiten zu den beiden Varianten entsprechen den vorhergesagten Werten (Predicted values) für die jeweiligen Vignettenkombinationen aus der Regression in Tabelle A2, Spalte (4).
Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle A4: Relative Wichtigkeit der Attribute (partielle Korrelation), Input-Version, alternative Ergebnisvariablen

Variablen	partielle Korrelation mit Ablehnung	partielle Korrelation mit Input-Rating
Transferenzugsrate	-0,0477***	0,0572***
Berücksichtigung Kinder	0,0396***	-0,0450***
Schonvermögen	-0,0249***	0,0291***
Leistungskürzungen	-0,0343 ***	0,0351***
Zusammenlegung	0,0072	-0,0093
Beobachtungen	27.920	27.920

Anmerkung: Angegeben ist hier die partielle Korrelation der Attribute mit den alternativen Ergebnisvariablen „Ablehnung“ und „Input-Rating“. Die Variable „Ablehnung“ ist eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette strikt negativ bewertet wurde. Die Variable „Input-Rating“ erfasst die Bewertungen verschiedener Reformalternativen auf einer Skala von -5 = „definitiv dagegen“ bis +5 = „definitiv dafür.“ Die partielle Korrelation zu der jeweiligen Ergebnisvariable gibt an, wie sehr die Ergebnisvariable variiert, wenn sich die Ausprägungen des jeweiligen Attributs ändern. Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1.

Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle A5: Bedeutung der Attributsausprägungen für die Reformbewertung, Output-Version – Robustheit der Ergebnisse

	(1)	(2)	(3)	(4)
Variablen	Zustimmung (ohne schnellste 25 %)	Ablehnung	Output-Rating (-5 bis 5) – Ordered Logit	Zustimmung (mit paarweisen Interaktionen)
Beschäftigung (Referenz-kategorie = konstant)				
steigt	0,0254*** (0,0085)	-0,0149** (0,0066)	0,1076*** (0,0290)	0,0592*** (0,0219)
fällt	-0,0590*** (0,0087)	0,0347*** (0,0069)	-0,2115*** (0,0296)	-0,0577*** (0,0213)
Partizipation Frauen (Referenzkategorie = konstant)				
steigt	0,0314*** (0,0085)	-0,0210*** (0,0067)	0,1537*** (0,0298)	0,0418* (0,0213)
fällt	-0,0579*** (0,0085)	0,0462*** (0,0070)	-0,2244*** (0,0295)	-0,0519** (0,0213)
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen (Referenz-kategorie = konstant)				
steigt	-0,0410*** (0,0083)	0,0351*** (0,0068)	-0,1958*** (0,0288)	-0,0606*** (0,0217)
fällt	0,0250*** (0,0086)	-0,0165** (0,0068)	0,0921*** (0,0299)	0,0023 (0,0222)
Armutsrisko (Referenz-kategorie = konstant)				
steigt	-0,1029*** (0,0088)	0,0864*** (0,0071)	-0,3800*** (0,0303)	-0,1252*** (0,0216)
fällt	0,0583*** (0,0088)	-0,0322*** (0,0070)	0,2285*** (0,0305)	0,0600*** (0,0223)
Kosten (Referenzkategorie = konstant)				
steigen	-0,0531*** (0,0086)	0,0414*** (0,0069)	-0,2087*** (0,0297)	-0,0487** (0,0216)
fallen	0,0152* (0,0087)	-0,0044 (0,0067)	0,0677** (0,0299)	0,0372* (0,0214)
Konstante	0,5421*** (0,0109)	0,2547*** (0,0088)		0,5367*** (0,0212)

Tabelle A5: (fortgesetzt)

	(1)	(2)	(3)	(4)
Variablen	Zustimmung (ohne schnellste 25 %)	Ablehnung	Output-Rating (-5 bis 5) – Ordered Logit	Zustimmung (mit paarweisen Interaktionen)
Beobachtungen	20.910	27.710	27.710	27.710
(Pseudo-)R-Quadrat	0,294	0,291	0,0981	0,305

Anmerkung: Diese Tabelle zeigt die Ergebnisse mehrerer alternativer Spezifikationen zur Schätzung des Effekts einzelner Attributsausprägungen auf die Zustimmungswahrscheinlichkeit für verschiedene Reformalternativen in der Output-Gruppe. In Spalte (1) werden die Resultate einer OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ (1, wenn die jeweilige Vignette strikt positiv bewertet wurde) auf eine Dummy-Matrix dargestellt, die alle Ausprägungen der einzelnen Attribute umfasst (wobei jeweils eine Referenzkategorie ausgelassen wird). Dabei werden jene 25 Prozent der Teilnehmenden ausgeschlossen, die die Umfrage am schnellsten bearbeitet haben. Spalte (2) fasst die Ergebnisse einer OLS-Regression der Variable „Ablehnung“ (1, wenn die jeweilige Vignette strikt negativ bewertet wurde) auf dieselbe Dummy-Matrix zusammen. Spalte (3) zeigt die Ergebnisse einer ordinalen logistischen Regression für die Variable „Output-Rating“ (Bewertungen verschiedener Reformalternativen auf einer Skala von -5 = „definitiv dagegen“ bis +5 = „definitiv dafür“) auf dieselbe Dummy-Matrix mit einer jeweils ausgelassenen Referenzkategorie. In Spalte (4) werden schließlich die Resultate einer OLS-Regression der Variable „Zustimmung“ berichtet, die zusätzlich zu allen Attributsausprägungen auch die paarweisen Interaktionsterme aller Ausprägungen berücksichtigt. Alle Spezifikationen beinhalten individuelle fixe Effekte. Standardfehler in Klammern nach Befragten geclustert, Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1

Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle A6: Zustimmungswahrscheinlichkeit zu beliebtester Reform und Status quo, Output-Version, Schätzung mit Interaktionstermen

Variablen	Status quo	beliebteste Variante
Beschäftigung	bleibt gleich	steigt
Partizipation Frauen	bleibt gleich	steigt
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen	bleibt gleich	fällt
Armutsrisko	bleibt gleich	fällt
staatliche Ausgaben für das Bürgergeld	bleiben gleich	bleiben gleich
Zustimmung	53,7 %	68,7 %

Anmerkung: Die beliebteste Reformvariante ist jene Attributkombination mit der höchsten durchschnittlichen Zustimmungswahrscheinlichkeit. Die Attributsausprägungen für Status quo wurden wie im Text beschrieben ausgewählt. Die Zustimmungswahrscheinlichkeiten zu den beiden Varianten entsprechen den vorhergesagten Werten (Predicted values) für die jeweiligen Vignettenkombinationen aus der Regression in Tabelle A5, Spalte (4). Quelle: eigene Zusammenstellung

Tabelle A7: Relative Wichtigkeit der Attribute (partielle Korrelation), Output-Version, Alternative Ergebnisvariablen

Variablen	partielle Korrelation mit Ablehnung	partielle Korrelation mit Output-Rating
Beschäftigung	0,0400***	-0,0595***
Partizipation Frauen	0,0557***	-0,0694***
Zahl Bürgergeld-Empfänger:innen	-0,0435***	0,0506***
Armutsrisko	-0,0966***	0,1076***
staatliche Ausgaben für das Bürgergeld	-0,0352***	0,0473***
Beobachtungen	27.710	27.710

Anmerkung: Angegeben ist hier die partielle Korrelation der Attribute mit den alternativen Ergebnisvariablen „Ablehnung“ und „Output-Rating“. Die Variable „Ablehnung“ ist eine Dummy-Variable, die den Wert 1 annimmt, wenn die jeweilige Vignette strikt negativ bewertet wurde. Die Variable „Output-Rating“ erfasst die Bewertungen verschiedener Reformalternativen auf einer Skala von -5 = „definitiv dagegen“ bis +5 = „definitiv dafür“. Die partielle Korrelation zu der jeweiligen Ergebnisvariable gibt an, wie sehr die Ergebnisvariable variiert, wenn sich die Ausprägungen des jeweiligen Attributs ändern. Signifikanzniveaus: *** p<0,01, ** p<0,05, * p<0,1. Quelle: eigene Zusammenstellung